

## 9. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten

|   |          |
|---|----------|
| <b>I. Einleitung</b>  | <b>3</b> |
| <b>II. Ausstattung der Behörde</b>  | <b>4</b> |
| 1. Personalausstattung  | 4        |
| 2. Finanzielle Ausstattung der Behörde  | 4        |
| 3. Sächliche Ausstattung der Behörde  | 5        |
| <b>III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter</b>  | <b>5</b> |
| 1. Bürgerberatung   | 5        |
| 1.1. Beratung von Betroffenen   | 6        |
| 1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt  | 6        |
| 1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung  | 8        |
| 1.1.2.1. Das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften   | 8        |
| 1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2002)   | 10       |
| 1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt   | 13       |
| 1.1.2.4. Kosten der Verbesserung der Renten für „Systemnahe“  | 15       |
| 1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt   | 16       |
| 1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge  | 16       |
| 1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation  | 18       |
| 1.1.2.8. Akteneinsicht in der Tschechischen Republik und in Polen   | 18       |
| 1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte   | 19       |
| 1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS  | 19       |
| 2. Zusammenarbeit und Unterstützung   | 20       |
| 2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes   | 20       |
| 2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes   | 20       |
| 2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung  | 20       |
| 2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR | 21       |
| 2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen   | 22       |
| 2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt   | 27       |
| 2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt  | 29       |

|          |   |    |
|----------|---|----|
| 2.1.3.4. | Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)                                   | 32 |
| 2.1.3.5. | Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte) | 37 |
| 2.1.4.   | Aktualisierung der Auskünfte der Bundesbeauftragten   | 39 |
| 2.2.     | Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen  | 39 |
| 2.3.     | Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt  | 43 |
| 2.4.     | Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer  | 46 |
| 2.5.     | Die Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle                                     | 48 |
| 2.6.     | Zur Arbeit des Beirates der Bundesbeauftragten  | 51 |
| 2.7.     | Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt  | 51 |
| 3.       | Forschung   | 53 |
| 4.       | Öffentlichkeitsarbeit   | 55 |
| 4.1.     | Broschüren  | 56 |
| 4.2.     | Veranstaltungen   | 60 |
| 4.2.1.   | „Erfahrungen weitergeben. Zeugen politischer Verfolgung als Mittler demokratischer Werte“   | 60 |
| 4.2.2.   | „So nah und doch so fern. Zum Umgang mit der Geschichte der alten Bundesrepublik“<br>Tagung zur Lehrerfortbildung am 25./26. Oktober 2002   | 62 |
| 4.2.3.   | Weitere Veranstaltungen   | 65 |
| 4.3.     | Faltblätter   | 70 |
| 4.4.     | Rundbrief   | 71 |
| 4.5.     | Bibliothek  | 72 |
| 4.6.     | Internet  | 73 |
| 5.       | Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten  | 74 |
| 6.       | Informationen zum Stand der Rechtsprechung  | 84 |
| 6.1.     | Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen                             | 84 |
| 6.1.1.   | Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt   | 84 |
| 6.1.2.   | Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögenrecht (bundesweit)                         | 85 |
| 6.1.3.   | Stand der Rechtsprechung im Bereich der freien Berufe (bundesweit)  | 86 |
| 6.2.     | Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität  | 86 |
| 6.3.     | Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle   | 88 |
| Anhang   |   | 89 |

## I. Einleitung

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagengesetz für Sachsen-Anhalt legt fest, dass die Landesbeauftragte zum 31.3. eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung Bericht zu erstatten hat. Hiermit wird der neunte Bericht vorgelegt. Er umfasst den Zeitraum vom 1.4.2002 bis 31.3.2003. Die Struktur der Berichte hat sich bewährt. Sie wird deshalb beibehalten. Als Stichtag für die Angaben zur Überprüfung von Angestellten des öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS und den Stand der Bearbeitung verschiedener Anträge wurde aus organisatorischen Gründen der 31.12.2002 gewählt.

Die Behörde der Landesbeauftragten ist in den letzten Jahren zu einer wichtigen Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung des Ministeriums für Staatssicherheit in Sachsen-Anhalt geworden. Ihre Unabhängigkeit war dabei stets eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit auf Landesebene und in der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes auf Bundesebene.

Das Jahr 2002 war geprägt von den externen Beratungstagen, die Mitarbeiter der Behörde in Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vor dem Hintergrund der befristeten Rehabilitierungsgesetze durchgeführt haben. Zahlreiche Besucher nahmen die Beratungsangebote wahr. Hier wurde deutlich, dass die Kenntnisse über die Möglichkeiten von Rehabilitation und Wiedergutmachung bei weitem nicht alle Betroffenen erreicht haben. Aus diesem Grund werden die Beratungstage im Jahr 2003 fortgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Diskussionen über die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, die sich besonders auf die Anträge zu Forschungszwecken und Zwecken der politischen Bildung auswirkten. Nach wie vor besteht ein großes Interesse an der Arbeit des MfS und seiner Partner. Das zeigt die große Nachfrage nach den Broschüren der Landesbeauftragten.

Die gesellschaftliche Anerkennung von Zivilcourage in der DDR steht weitgehend immer noch aus. Der 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 wäre hierfür ein guter Anlass, sollte aber nicht auf dieses Ereignis beschränkt bleiben. Die Stadt Magdeburg gehört zu den wenigen Städten, die einen Platz oder eine Straße nach dem 17. Juni benannt haben. Weitere werden hoffentlich diesem Beispiel folgen. Die Landesbeauftragte hat sich in Vorbereitung dieses Jahrestages mit den Ereignissen in Sachsen-Anhalt beschäftigt und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Friedensglocke auf dem Markt in Dessau wurde am 9. November 2002 geweiht. Sie besteht aus im Jahr 1990 eingeschmolzenen Kampfgruppenwaffen und erinnert öffentlich an den Herbst 1989. Der Verein „Bürgerdenkmal“ e. V. bemüht sich weiterhin um ein Denkmal in der Stadt Magdeburg, welches an den Herbst 1989 erinnert. Es soll 2003 eingeweiht werden.

## II. Ausstattung der Behörde

### 1. Personalausstattung

Der Landesbeauftragten stehen 5 Mitarbeiter zur Verfügung. Alle Stellen sind besetzt. Der Personalausbau ist abgeschlossen.

### 2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Jahr 2002 im Einzelplan 11 im Kapitel 1114 der Landesbeauftragten folgende finanziellen Mittel zu. Die Tabelle zeigt den Vergleich zum Jahr 2001.

| Titel  | Zweckbestimmung  | Zuweisung<br>2001 | Zuweisung<br>2002 |
|--------|--|-------------------|-------------------|
| 511 01 | Geschäftsbedarf  | 4.000 DM          | 2.000             |
| 512 01 | Bücher und Zeitschriften   | 9.000 DM          | 4.100             |
| 513 01 | Post- und Fernmeldegebühren  | 19.000 DM         | 10.100            |
| 515 01 | Unterhaltung von Geräten und Ausstattung   | 1.000 DM          | 500               |
| 515 02 | Ersatz und Ergänzung der Geräte  | 2.000 DM          | 1.000             |
| 522 32 | Betreuungskosten bei der Beratung  | 1.000 DM          | 500               |
| 525 01 | Aus- und Fortbildung von Bediensteten  | 10.000 DM         | 4.000             |
| 526 01 | Sachverständigen- / Gerichtskosten   | 0 DM              | 0                 |
| 527 01 | Reisekosten  | 8.000 DM          | 3.500             |
| 531 01 | Veröffentlichungen   | 23.500 DM         | 14.500            |
| 531 03 | Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit  | 30.000 DM         | 15.500            |
| 537 01 | Behördenumzüge   | 1.000 DM          | 0                 |
| 538 01 | Dienstleistungen Außenstehender  | 20.000 DM         | 10.300            |
| 546 59 | Vermischte Verwaltungsaufgaben   | 1.000 DM          | 500               |
| 685 11 | Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung  | 36.000 DM         | 18.400            |
| 685 51 | Sonstige Zuschüsse   | 36.000 DM         | 18.400            |
| 685 52 | Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin – Verpflichtungsermächtigung für HH 2000 und fortfolgende Haushalte bis 2004 | 100.000 DM        | 51.100            |

Die Druckerarbeiten für die Veröffentlichungen (Titel 531 01) wurden alle in der JVA Naumburg ausgeführt. So konnten diese Mittel über dieses landeseigene Unternehmen in den Landeshaushalt zurückfließen. Aus Kos-

tengründen wurde der Satz der Broschüren und der Faltblätter von Mitarbeitern der Behörde ausgeführt.

Der jährlich stattfindende bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, der 2002 in Leipzig stattfand und an dessen Finanzierung sich die Landesbeauftragten zu gleichen Teilen beteiligen, wurde auch im Haushaltsjahr 2002 aus dem Titel 525 01 finanziert. Die jährlich stattfindende, gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführte, Lehrerfortbildungsveranstaltung wurde aus dem Titel 531 03 Öffentlichkeitsarbeit finanziert. Im Bezug auf die Titel 685 11 und 685 51, aus denen die Landbeauftragte die Zuwendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, wurden die Mittel bei 18.400 stabil gehalten. Sie wurden vollständig verbraucht. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin fördert nur Projekte mit länderübergreifender Bedeutung, wenn das jeweilige Land einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leistet. Auf Antrag der Landesbeauftragten wurde im Haushalt 1999 ein Titel 685 52 neu aufgenommen und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM (51.100 ) für die Jahre 2000 bis 2004 versehen. Dadurch wurde es möglich mit der Stiftung eine Vereinbarung abzuschließen, die die anteilige Förderung durch die Behörde der Landesbeauftragten regelt. Diese Regelung hat sich auch im Haushaltsjahr 2002 bewährt.

### 3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Notwendig wurden, wie in den Vorjahren, Anschaffungen, die auf den wachsenden Bücherbestand der Bibliothek und den wachsenden Aktenbestand reagieren. Im Berichtszeitraum wurden 2 Regale für die Bibliothek angeschafft und zwei Hängeregistraturschränke für das Archiv.

## III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

### 1. Bürgerberatung

Die Beratung von einzelnen Personen, aber auch Behörden, Institutionen und Vereinen im Umgang mit den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit oder Rehabilitierungsfragen nimmt nach wie vor den größten Teil der Arbeit der Behörde ein. Die Beratungsgespräche beinhalten konkrete Einzelfragen, aber auch das Bedürfnis, die ganze Lebensgeschichte zu erzählen. Darüber hinaus ist das Interesse an den Machtstrukturen in der DDR und ihren Folgen sowie an Zusammenhängen groß.

## 1.1. Beratung von Betroffenen

Die Beratung und Unterstützung von Menschen, welche von SED-Unrecht betroffen sind, und deren Angehörigen wird seitens der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter weiterhin als ihre wichtigste Aufgabe gesehen. Das hat sich in den letzten Jahren nicht geändert. Die Folgen von Repression in den vorangegangenen Jahrzehnten liegen tiefer und dauern länger an, als im Herbst 1989 vermutet wurde. Das wurde durch wissenschaftliche Forschungen inzwischen bestätigt. Allerdings haben es diese Erkenntnisse sehr schwer, in Verwaltungshandeln Eingang zu finden.

Schriftliche, telefonische und persönliche Anfragen erreichen die Landesbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie umfassen sowohl einfache Fragen nach Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des MfS und anderer Archive als auch tiefgehende Probleme bei der Bewältigung des Geschehenen. Der Umgang mit diesen Erinnerungen muss gelernt werden, hierfür fehlen jedoch häufig geeignete Begleiter. Hinzu kommt für viele die Enttäuschung über den mangelnden Ausgleich für das Erlebte.

Die telefonischen Anfragen und Gespräche nehmen einen großen Anteil an der Beratung ein. Das ist der Tatsache geschuldet, dass ein großer Teil der Ratsuchenden bereits sehr alt ist, aber auch der flächenmäßigen Ausdehnung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Betroffenen werden neben dem Hinweis auf antragsbearbeitende Behörden auch bei der Suche nach Dokumenten, welche die Verfolgung belegen, unterstützt.

### 1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt

Im Bereich der psycho-sozialen Beratung hat sich die Situation im Vergleich zum vergangen Berichtszeitraum etwas verbessert.

Der Caritasverband hatte auf diesem Gebiet ein Weiterbildungsangebot initiiert, an dem auch ein Mitarbeiter der Caritas aus Sachsen-Anhalt die Möglichkeit zur Teilnahme bekommen hat. Diese Weiterbildung wird im Sommer 2003 abgeschlossen. Eine Fortsetzung für weitere Personen ist wünschenswert.

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat vor dem Hintergrund des eventuellen Auslaufens der Rehabilitierungsgesetze eine **Beratungsinitiative** in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten initiiert und finanziell gefördert. Für Sachsen-Anhalt bedeutete das, dass 2002 und 2003 externe Beratungstage unter Beteiligung des Caritasmitarbeiters durchgeführt werden können. (Näheres unter Punkt 1.1.2.3.). In einigen schwierigen Einzelfällen war auf diese Weise auch ein Hausbesuch möglich.

Darüber hinaus werden Betroffene in Absprache an niedergelassene Psychologen weiter verwiesen. Nach wie vor besteht jedoch die Notwendigkeit, ein Netz von kompetenten Beratern zu schaffen, die Betroffenen helfen können, sich mit ihren Verfolgungserfahrungen auseinander zusetzen.

## Rehabilitierung von Stasi-Opfern

# Selbst Täter werden nicht allein gelassen

### Fachleute beraten zu SED-Unrecht - Psychosoziale Betreuung

Von unserem Redakteur  
JOCHEN NICHE

**AKTENEINSICHT**  
**Geduld nötig**

Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akte sind zu stellen an: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Straße 4, 39116 Magdeburg.

Vier bis sechs Wochen nach Eingang des Antrages erhält der Antragsteller eine Eingangsbestätigung. Nach etwa drei Monaten erfährt er, ob eine Karteikarte über ihn existiert - meist der Hinweis darauf, dass es auch eine Akte gibt. Aufgrund der aufwändigen Recherche und Zahl der Anträge kann die Akte erst drei bis vier Jahre später zur Einsicht bereit gestellt werden.

Einer von vielen Fällen, mit denen Menschen zu den Beratungen der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt kommen. Wie gestern in die Landkreishauptverwaltung nach Staßfurt, wo der Stellvertreter der Landesbeauftragten, Wolfgang Laßleben, zu den Rehabilitierungsgesetzen und zur Stasi-Akten-Einsicht Rede und Antwort stand.

Der Fall Hartmann ist fast schon symptomatisch für die heutige Situation: Nicht mehr nur Anträge auf Akteneinsicht werden gestellt und verhältnismäßig klare Fragen zum DDR-Unrecht beantwortet und Rehabilitationsansprüche bearbeitet, sondern es sind auch zunehmend Zwischentöne zu hören. Wer wegen versuchter Republikflucht im Gefängnis gesessen hat, ist kein Verbrecher, sondern eindeutig ein Opfer der SED-Diktatur und damit klarer Anwärter auf eine Entschädigungszahlung, meint Laßleben. In Fällen wie dem von Hartmann ist meist jedoch „nur“ eine Teilrehabilitierung möglich.

Laßleben, von Haas aus Jurist, sagt: „Manche Leute tragen schwer an der Vergangenheit. Wir können bei der Antragstellung und vielen - vor allem juristischen - Fragen helfen. Aber auf das Einzelschicksal können wir kaum tiefer eingehen.“ Deshalb haben die Landesbeauftragte und die Caritas erstmals das Projekt „Psychosoziale Beratung und Begleitung der von DDR-Unrecht Betroffenen“ ins Leben gerufen. Aus diesem Grunde kam Hans-Peter Schulze vom Caritas-Verband für das Bistum Magdeburg mit nach Staßfurt. Der Sozialarbeiter über seine Aufgabe: „Wir möchten künftig stärker traumatisierte Personen begleiten und ihnen helfen.“ Diese Hilfe beziehe sich in erster Linie auf die Opfer.

Aber auch Täter, ehemalige inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, die unter Schuldgefühlen leiden, die Reue zeigen und Hilfe brauchen, würden nicht abgewiesen. Schulze: „Es gibt Fälle, da wurden Menschen unter Druck gesetzt, erpresst, um sie zu Spitzeln zu machen. Hier vermischt sich zum Teil die Grenze zwischen Täter und Opfer.“ Mitunter kamen sogar schon von der Richtigkeit ihres Vorgehens überzeugte IM zu Schulze, die aus Enttäuschung über das DDR-Ende zusammengebrochen waren und psychisch nie recht in der Demokratie angekommen sind. „Auch sie brauchen Unterstützung“, glaubt Schulze.

Mitteldeutsche Zeitung, Ascherslebener Zeitung vom 3.7.2002

## 1.1.2. Rehabilitation und Entschädigung

### 1.1.2.1. Das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften

Seit dem Gesetz vom 20. Dezember 2001 zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften (Bundesgesetzblatt 2001 Teil I, S. 3986) haben sich keine Änderungen der Rechtslage ergeben, wegen der fortdauernden Bedeutung wird sie – ergänzt um die neuen Euro-Zahlenwerte – nochmals kurz dargestellt: Die Fristen des **Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetzes** (StrRehaG von 1992), des **Verwaltungsrechtlichen** und des **Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes** (VwRehaG und BerRehaG von 1994) wurden damals verlängert. Die Antragstellung ist bei Gericht bzw. bei der Rehabilitierungsbehörde weiterhin **nur** bis zum **31. Dezember 2003** möglich.

Die **Strafrechtliche Rehabilitation** einer politisch motivierten Verurteilung oder sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat, erfolgt durch das Landgericht am Sitz des früheren Bezirks.

Die Rehabilitation erfordert eine genaue Untersuchung des Einzelfalls. Nicht jedes DDR-Urteil kann aufgehoben werden, obwohl ein politischer Hintergrund zunächst zu vermuten ist. Besondere Schwierigkeiten bei der Rehabilitation ergeben sich zum Beispiel, wenn bei der an sich rechtsstaatswidrigen Verhaftung ein Polizist beleidigt wurde. Dies gilt auch für Verurteilungen nach § 249 StGB-DDR („Asozialität“), bei denen die Zusammenhänge besonders sorgfältig überprüft werden müssen.

Jede strafrechtliche Rehabilitation begründet für den Betroffenen Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt. Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich.

Zusätzlich besteht sowohl für ehemalige Häftlinge als auch für sonst rechtsstaatswidrig in ihrer Berufstätigkeit Beeinträchtigte ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitation** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Zum 1. Januar 2000 wurde die Kapitalentschädigung auf 600,00 DM pro angefangenen Haftmonat erhöht. Zum 1. Januar 2002 wurde diese Summe auf 306,78 umgestellt. Die Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

In Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte senden den Antrag an das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 45/5 27 6-0  
Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)

bzw. das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 91/6 27 30 00  
Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg,

Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, senden den Antrag an das

Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27,  
Dessauer Straße 70, 06118 Halle.

Im Zeitraum bis 2002 wurden in Sachsen-Anhalt 29.309 Anträge auf strafrechtlicher Rehabilitation und von den daraufhin Rehabilitierten 13.434 Anträge auf Kapitalentschädigung nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt bislang insgesamt 1.918, davon 16 Erstantragssteller im Jahr 2002.

Bislang wurden von knapp der Hälfte der strafrechtlich Rehabilitierten oder deren Erben Nachzahlungsanträge gestellt. Auch hier läuft die Antragsfrist nunmehr zum **31. Dezember 2003** aus.

Für die strafrechtliche Rehabilitation zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dem die Verurteilung ausgesprochen wurde, z. B. in Sachsen-Anhalt:

|                         |                      |           |             |
|-------------------------|----------------------|-----------|-------------|
| LG Magdeburg            | Halberstädter Str. 8 | PLZ 39112 | 03 91-60 60 |
| Landgericht Halle/Saale | Hansering 13         | PLZ 06108 | 03 45-22 00 |

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation zuständig ist die Behörde des Landes, in dessen Gebiet das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, z. B. in Sachsen-Anhalt (auch nach Versetzung der Regierungspräsidenten in den Ruhestand; Dessau bleibt zuständig für alle Betroffenen mit Wohnsitz in anderen Bundesländern):

|                               |             |           |           |
|-------------------------------|-------------|-----------|-----------|
| Regierungspräsidium Dessau    | Dezernat 27 | PF 12 05  | PLZ 06839 |
| Regierungspräsidium Halle     | Dezernat 27 | PF 200256 | PLZ 06003 |
| Regierungspräsidium Magdeburg | Dezernat 27 | PF 19 60  | PLZ 39009 |

Über die Möglichkeit der persönlichen Antragsstellung hinaus können berufliche Rehabilitierungsentscheidungen nur auf Antragstellung durch den Rentenversicherungsträger (bis einschließlich 31.12.2006) erfolgen. Die

BfA und die LVAs haben zugesichert, bis dahin alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu prüfen.

#### 1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2002)

#### 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Für die Zeit seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 bis zum 31.12.2002 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung der Tätigkeit der Dezernate 27 der Regierungspräsidien:

| Stand: 31.12.2002 – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz |       |                                   |         |
|---|-------|-----------------------------------|---------|
| Eingänge  | 4.634 | Erled. d. Bescheid:<br>Antrag war | (2.769) |
| Erledigungen  | 3.573 | begründet                         | 1.503   |
| unerledigt  | 1.061 | teilw. begründet                  | 63      |
| Erled. d. Bescheid  | 2.769 | nicht begründet                   | 1.200   |
| Erled. d. Sonstiges   | 804   | oder unzulässig                   |         |

(Zu den Fällen mit Ausschlussgründen vgl. den nächsten Absatz.)

| Stand: 31.12.2002 – Berufliches Rehabilitierungsgesetz |        |                                   |         |
|--|--------|-----------------------------------|---------|
| Eingänge   | 13.306 | Erled. d. Bescheid:<br>Antrag war | (7.547) |
| Erledigungen   | 10.299 | begründet                         | 5.674   |
| unerledigt   | 3.007  | teilw. begründet                  | 572     |
| Erled. d. Bescheid                                     | 7.547  | nicht begründet                   | 1.301   |
| Erled. d. Sonstiges                                    | 2.752  | oder unzulässig                   |         |

Hiervon lag 8.521 Anträgen eine strafrechtliche Rehabilitierung zugrunde und 1.428 Anträgen eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. In den übrigen Fällen war nur das Berufliche Rehabilitierungsgesetz anzuwenden. In insgesamt 33 Fällen lagen Ausschlussgründe nach dem VwRehaG oder dem BerRehaG vor. (Ausschlussgründe sind Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit, z. B. durch Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst, siehe auch unter 2.1.2.).

#### Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitierung wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

#### Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 28.773 Eingänge von 1990 bis 2001. Für die Jahre 2001 und 2002 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

|                     | 2001  | 2002 |                                    | 2001  | 2002  |
|---------------------|-------|------|------------------------------------|-------|-------|
| Eingänge            | 1.002 | 536  | Erled. d. Beschluss:<br>Antrag war | (539) | (734) |
| Erledigungen        | 674   | 914  | begründet                          | 233   | 318   |
| unerledigt          | 1.125 | 747  | teilw. begründet                   | 98    | 110   |
| Erled. d. Beschluss | 539   | 734  | nicht begründet                    | 187   | 289   |
| Erled. d. Sonstiges | 135   | 180  | unzulässig                         | 21    | 17    |

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Landgericht zuständig war.

Folgeleistungen (§ 17 V regelt die Nachzahlungen):

|                       | 2001 |           |           |      |      | 2002 |           |           |      |      |
|-----------------------|------|-----------|-----------|------|------|------|-----------|-----------|------|------|
| StrRehaG              | § 6  | § 17<br>I | § 17<br>V | § 21 | § 22 | § 6  | § 17<br>I | § 17<br>V | § 21 | § 22 |
| Anträge               | 145  | 341       | 884       | 19   | 3    | 160  | 370       | 109       | 38   | 3    |
| Bewilligungen         | 177  | 324       | 1.192     | 12   | 0    | 104  | 250       | 172       | 5    | 2    |
| Ablehnungen           | 10   | 36        | 2         | 31   | 8    | 8    | 30        | 9         | 21   | 2    |
| Sonstige Erledigungen | 6    | 40        | 51        | 16   | 1    | 2    | 30        | 11        | 6    | 2    |
| offene Fälle          | 34   | 124       | 222       | 31   | 7    | 80   | 184       | 139       | 37   | 4    |

Aus der vom Landesamt für Versorgung und Soziales übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Übersicht zu den einzelnen Jahren von 1993 bis 2000 wird auf den 4. bis 8. Tätigkeitsbericht verwiesen.

|                       | bis 2002 gesamt |           |           |      |      |
|-----------------------|-----------------|-----------|-----------|------|------|
| StrRehaG              | § 6             | § 17<br>I | § 17<br>V | § 21 | § 22 |
| Anträge               | 7.612           | 13.434    | 8.982     | 1023 | 167  |
| Bewilligungen         | 7.250           | 10.938    | 8.039     | 226  | 12   |
| Ablehnungen           | 195             | 825       | 17        | 476  | 98   |
| Sonstige Erledigungen | 87              | 1.487     | 787       | 284  | 63   |
| offene Fälle          | 80              | 184       | 139       | 37   | 4    |

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Bundesland zuständig war. Bundesweit wurden im Jahr 2000 (neuere Zahlen sind nicht verfügbar) aufgrund des § 17 StrRehaG rund 123 Millionen DM ausgezahlt, davon rund 64 Millionen DM in den neuen Ländern.

Statistik der Antragsbearbeitung – Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

§ 6 StrRehaG: 95,24 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)

§ 17 I StrRehaG: 81,42 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)

§ 17 V StrRehaG: 89,50 % (Kapitalentschädigung, Nachzahlung)

#### Leistungen aufgrund verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden:

Wie bereits im 8. Tätigkeitsbericht erwähnt, wurden auf Anregung des Bundeskanzleramts alle abschlägig beschiedenen Anträge auf Versorgungsleistung erneut überprüft. In den Jahren bis 2002 wurden insgesamt 1.023 Anträge auf Beschädigtenversorgung und 167 Anträge auf Hinterbliebenenversorgung gestellt, von denen 226 bzw. 12 – einschließlich der in den letzten Jahren erneut überprüften Fälle – bewilligt wurden:

§ 21 StrRehaG: 22,09 % (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden)

§ 22 StrRehaG: 7,19 % (Hinterbliebenenversorgung)

#### Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, wurde die Kapitalentschädigung erhöht. Zuständig ist das Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27. Von dort wurden 151 Neuerteilungen von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, 16 Fälle der Erstantragsstellung zur Kapitalentschädigung (600 DM pro Haftmonat; Vorjahr: 38) und 135 Fälle der Nachzahlung (114 Fälle zu 50 DM und 21 Fälle zu 300 DM; Vorjahr: 569) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

| Jahr | bewilligte Anträge | bewilligte Summe | durchschnittlicher Zahlbetrag |
|------|--------------------|------------------|-------------------------------|
| 2002 | 151                | 165.762,64       | 1.097,77                      |
| 2001 | 607                | 1.247.652,51 DM  | 2.055,44 DM                   |
| 2000 | 1.160              | 3.953.813,13 DM  | 3.408,46 DM                   |

#### 1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt

Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen kann sich jeder an die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wenden.

Durch die Behörde wurden von Juli bis November an siebzehn Terminen Beratungstage in Landkreis-Außenstellen Sachsen-Anhalts und den kreisangehörigen Städten Roßlau, Zerbst, Calbe/Saale und Blankenburg/Harz sowie an zusätzlich zwei Tagen im Rahmen der Tage der Offenen Tür bei der Außenstelle der BStU in Halle/Saale durchgeführt – am Sitz der Behörde in Magdeburg besteht ohnehin regelmäßig Gelegenheit zur Beratung.

Die Beratungsgespräche wurden durch einen Berater aus der Behörde, einen Berater des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e. V. (finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), der z. Zt. an einer Weiterbildung „psychosoziale Beratung im Umgang mit dem DDR-Unrecht“ teilnimmt und ein bis zwei Berater aus den Regierungspräsidien durchgeführt.

**Beratungstag am 10. Juli in der Kreisverwaltung Klötze**

## Fristverlängerung bei SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

**DEUTSCHLAND/KLÖTZE.** Zur Milderung der Folgen von SED-Unrecht wurden durch den Deutschen Bundestag drei Rehabilitierungsgesetze beschlossen: Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG von 1992) sowie das Verwaltungserrechtliche und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG und BerRehaG von 1994).

Im Dezember 2001 wurden die Fristen für Rehabilitierungs- und Folgeanträge um weitere zwei Jahre verlängert. Die Strafrechtliche Rehabilitierung einer Verurteilung oder einer sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung erfolgt durch das Landgericht am Sitz des früheren Bezirks, sofern diese Entscheidung der politischen Verfolgung oder sonstigen nachverurteilenden Zwecken gedient hat. Die Antragstellung ist bei Gericht bis zum 31. Dezember 2003 möglich. Jede strafrechtliche Rehabilitierung begründet für den Betroffenen Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt. Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vereinfacht. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf berufliche Rehabilitierung zum Ausgleich eventueller Nachteile in der Rentenversicherung. Seit 1. Januar 2002 beträgt die Kapitalentschädigung 306,78 Euro pro angefangenem Haftmonat. Die Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (oder der Erben - nur wenn der Verstorbene bereits eine Zahlung beantragt hatte). Auch hier läuft die Antragsfrist zum 31. Dezember 2003 aus. Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung (Antragsfrist ebenfalls bis zum 31. Dezember 2003) zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk das Verwaltungsrecht beziehungsweise die berufliche Benachteiligung (zum Beispiel Verlust des Arbeits- oder Studienplatzes aus politischen Gründen) stattgefunden haben. Wer sein Studium - auch in fortgeschrittenem Alter - jetzt noch abschließen will, muss dieses bis zum 1. Januar 2003 aufgenommen haben, um noch in den Genuss des nicht rückzahlbaren BaFUG zu kommen (Vorlage der vollständigen beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung beim BaFUG-Amt zur Befreiung von der Altersgrenze nötig). Zur Aufklärung des persönlichen Schicksals kann weiterhin ein Antrag auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Dieser kann bei Vorlage des Personalausweises im Rahmen des Beratungstages gestellt werden. Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen oder zur Stasi-Akten-Einsicht kann sich jeder am Beratungstag des Altmarkkreises Salzwedel in Klötze von 10 bis 15 Uhr im Gebäude der Kreisverwaltung an die dort bereitstehenden Berater wenden oder sonst an die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Krewitzstraße 4 in 39112 Magdeburg, Telefon 03 91/5 67-50 51, Fax 03 91/5 67-50 60. Der Beratungstag wird unterstützt von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

**Hinweis:** Für den 20. August ist ein Beratungstag in der Außenstelle der Kreisverwaltung in Gardelegen vorgesehen.

Mitteilung über Beratungstag aus: SonntagsNachrichten des Klötzer Kuriers, 7.7.2002



Die Anzahl der Beratungsgespräche an den in den Kreisstädten Sachsen-Anhalts durchgeführten Beratungstagen ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Dadurch, dass jede beratene Person für jeden Antrag separat erfasst wurde, stimmt die Summe der Anträge nicht mit der Anzahl der beratenen Personen überein. Besonders Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation, berufliche Rehabilitation und Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge – Stiftung des Öffentlichen Rechts – in Bonn erforderten einen erheblichen Beratungsaufwand. Praktisch alle beratenen Personen stellten einen Stasi-Akten-Einsichtsantrag.

Der Materialaufwand für die insgesamt 17 Tage betrug: 20 Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation, 40 Informationen des BMJ zur strafrechtlichen Rehabilitation, 80 Informationen des BMJ zur verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitation (hinzu kommt Material der RPs), 60 Anträge der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, 5 Anträge auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung, 400 Anträge auf Akteneinsicht bei der BStU (MD oder HAL) und rund 65 Anträge auf berufliche Rehabilitation (Material der RPs).

Anzahl der Besucher bei den Beratungstagen 2002:

|                 |    |                            |            |
|-----------------|----|----------------------------|------------|
| Staßfurt        | 6  | Hettstedt                  | 31         |
| Wolmirstedt     | 47 | Wanzleben                  | 17         |
| Klötze          | 31 | Halle (ohne Akteneinsicht) | 13         |
| Gardelegen      | 45 | Osterburg                  | 19         |
| Hohenmölsen     | 20 | Havelberg                  | 40         |
| Querfurt        | 59 | Jessen                     | 33         |
| Roßlau, Zerbst  | 28 | Nebra                      | 19         |
| Zeitz           | 30 | Calbe/Saale                | 34         |
| Gräfenhainichen | 8  | Blankenburg/Harz           | 38         |
|                 |    | <b>Summe</b>               | <b>518</b> |

In fünf Fällen wurde eine weiterführende psychosoziale Beratung gewünscht. Dieses zusätzliche Angebot – ermöglicht durch den Einsatz des Beraters des Caritasverbandes auch über die Beratungstage hinaus (finanziert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) – wurde bis einschließlich November von zwei Personen in Anspruch genommen. Hierzu erfolgten Hausbesuche, bei denen die Probleme der Klienten ausführlich erörtert wurden. Die Tatsache allein, dass ein Berater das Einzelschicksal für so wichtig hielt und deshalb für den Hausbesuch den weiten

Weg von Magdeburg auf sich nahm, war für die Klienten unabhängig von der Erfolgsaussicht eventueller Anträge von besonderer Bedeutung. Für die Betroffenen besonders problematisch ist es, wenn die Rehabilitierungsgesetze wegen der Aktenlage nicht greifen, obwohl offensichtlich staatliches Unrecht vorlag. Weitere Hausbesuche, die sich als notwendig erwiesen haben sind in Vorbereitung.

Die Zahlen der Beratungsgespräche sprechen für Folgendes:

- Hoher Beratungsbedarf besteht unabhängig von der Entfernung nach Magdeburg (Beispiel: Wolmirstedt mit S-Bahn-Anbindung), insbesondere aber in ländlichen Gebieten auch in Städten mit weniger als 10.000 Einwohnern.
- Manche Betroffenen werden erst nach mehrmaligen Pressemitteilungen aufmerksam (Beispiel: Staßfurt hatte besonders wenige Besucher, weil in der Zeit zuvor das Thema in der Presse nicht behandelt wurde).
- Die zur Verfügung stehende Zeit reichte nicht aus, alle Probleme zu besprechen (Siehe das Zusatzangebot zur weiterführenden psychosozialen Beratung).
- Die Informationen über die Rehabilitierungsmöglichkeiten haben immer noch nicht alle Betroffenen erreicht (auch in den alten Bundesländern); ein großer Teil der Beratungsgespräche zur Rehabilitation hatte zum Anlass, dass ein Schreiben der Rentenversicherung wegen der Kontenklärung vorlag und dort auf (haftbedingte) Fehlzeiten hingewiesen wurde (Hinweis: Kontenklärungen für unter 55-jährige werden z. Zt. nur im Beitrittsgebiet durchgeführt).

In Abhängigkeit von der Geschwindigkeit, mit der die BfA die Kontenklärungen durchführt, ist in den nächsten Jahren mit gleichbleibendem oder wieder zunehmendem Beratungsbedarf zu rechnen.

Am Beispiel von Einzelfällen, in denen die Betroffenen aus ihren neuen Wohnsitzen in den alten Bundesländern zu den Beratungstagen angereist sind, wurde deutlich, dass die heute in den alten Bundesländern wohnenden ehemaligen Häftlinge oft die Nachzahlung zur Kapitalentschädigung und die berufliche Rehabilitation nicht beantragt haben – sie haben lediglich die Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG und Leistungen der (damals in Berlin-Marienfelde sitzenden) Stiftung erhalten.

#### 1.1.2.4. Kosten der Verbesserung der Renten für „Systemnahe“

Mit dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-Änderungsgesetz – 2. AAÜG-ÄndG) sollte aufgrund der vier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (vgl. 6. Tätigkeitsbericht, S. 91) eine verfassungsmäßige Rechtslage hergestellt werden, ohne zugunsten der „systemnahen“ Rentner von den Mindestvorgaben des BVerfG abzuweichen. Die Bundesregierung erwartete im Januar 2001 aufgrund dieser Neuregelung jährliche Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 165 Mio. DM für die Zusatzversorgungssysteme, auch der SED und der Blockparteien und 160 Mio. DM für die Sonderversorgungssysteme von NVA, Zoll, MfS und VP.

Im Jahr 2002 musste allein das Land Sachsen-Anhalt 467 Millionen für die betreffenden Zahlungen aufwenden, das ist mehr als die Hälfte der mit Nachtragshaushalt neu aufgenommenen Kredite oder 4 % des Landeshaushalts. Für die Jahre 2002–2006 rechnet der Bundesfinanzminister nunmehr mit Gesamtkosten von 13,2 Milliarden, von denen die neuen Länder zwei Drittel tragen müssen.

In diesem Zusammenhang ist der Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat vom 27. Juni 2002 zu erwähnen (Bundesratsdrucksache 604/02), nach dem sämtliche – vom Bundesverfassungsgericht gebilligte – Einschränkungen einschließlich der allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung für DDR-Spitzenverdiener (auch MfS-Generäle) beseitigt werden sollen. Dieser Antrag wurde am 12. Juli 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik überwiesen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

#### 1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung wurde bereits 1999 gebeten zu prüfen, inwieweit eine verbesserte Rentenregelung der Opfer möglich ist. Dieser Landtagsbeschluss erfolgte ohne Gegenstimmen (einstimmig). Er trägt die Nummer 3/27/2174b. Das Plenum wird sich damit nicht mehr beschäftigen. Ein Ergebnis liegt weiterhin noch nicht vor.

#### 1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat folgende Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

| Jahr | bewilligte Anträge | bewilligte Summe | durchschnittlicher Zahlbetrag |
|------|--------------------|------------------|-------------------------------|
| 2002 | 650                | 1.610.500        | 2.477,69                      |
| 2001 | 507                | 2.544.400 DM     | 5.018,54 DM                   |
| 2000 | 383                | 2.102.200 DM     | 5.488,77 DM                   |
| 1999 | 255                | 1.252.800 DM     | 4.912,94 DM                   |
| 1998 | 261                | 1.311.800 DM     | 5.026,05 DM                   |
| 1997 | 131                | 611.450 DM       | 4.667,56 DM                   |
| 1996 | 71                 | 225.000 DM       | 3.169,01 DM                   |
| 1995 | 58                 | 203.100 DM       | 3.501,72 DM                   |
| 1994 | 69                 | 253.700 DM       | 3.676,81 DM                   |
| 1993 | 74                 | 284.900 DM       | 3.850,00 DM                   |

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG (bundesweit: 5.271, Vorjahr 4.101); die Fälle nach dem HHG (bundesweit: 1.557, Vorjahr 945) werden nicht nach Ländern erfasst. Bundesweit zahlte die Stiftung im Jahr 2000 als Unterstützungsleistung 13.172.514, Vorjahr 17.342.500 DM aus.

Wegen der gestiegenen Zahl der Antragssteller (z. Zt. 5.000 offene Fälle) werden sich die Bearbeitungszeiten bei der Stiftung trotz der Einstellung zweier Mitarbeiter weiter erhöhen.

#### Leistungen der Stiftung an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemalige administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch

Haftgrund darzulegen (darzustellen) und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenenpost, Bescheinigung des DRK-Suchdienst [Chiemgaustraße 109, 81549 München]) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

#### 1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation

Ein Antrag auf Rehabilitierung durch die Russische Föderation ist an die **neue** Anschrift des Auswärtigen Amtes zu senden (11013 Berlin). Anträge liegen bei der Landesbeauftragten bereit. Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalmilitärstaatsanwalts Generalleutnant Morin, der im Juni 2002 in Magdeburg zu Gast war, wurden seit 1991 rund 17.000 Anträge gestellt. 10.000 Betroffene wurden bereits rehabilitiert. Neben Betroffenen und Angehörigen sind auch Vereine antragsbefugt.

Wenn man mittels Akteneinsicht in Russland Sachaufklärung betreiben will, kann man sich an (neue Anschrift!):

Herrn Dr. Klaus-Dieter Müller  
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer  
politischer Gewaltherrschaft  
Dülferstraße 1  
01069 Dresden

wenden. Ebenfalls möglich ist – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst.

#### 1.1.2.8. Akteneinsicht in der Tschechischen Republik und in Polen

Die Akten der kommunistischen Sicherheitspolizei StB der ČSSR werden in der Tschechischen Republik von der Behörde für Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus im ostböhmischen Pardubice verwaltet. Die Behörde veröffentlicht selbst Forschungsergebnisse (u. a. unter [www.mvcr.cz/udv](http://www.mvcr.cz/udv) in vier Sprachen). Die Anschrift lautet:

Ú AD DOKUMENTACE A VYŠETŘOVÁNÍ  
ZLOČINŮ KOMUNISMU  
POLICIE ČESKÉ REPUBLIKY  
170 34 POŠTOVNÍ Ú AD PRAHA 7  
POŠTOVNÍ SCHRÁNKA 21/ÚDV.

Seit 1999 arbeitet in Polen das Institut für Nationales Gedenken (poln. Instytut Pamięci Narodowej, IPN). Polnische Geheimdienstakten können

eingesehen werden beim dort angesiedelten „Büro für Aushändigung und Archivierung von Dokumenten“. Die Anschrift lautet:

BIURO UDOSTĘPIANIA I ARCHIWIZACJI DOKUMENTÓW  
00-207 WARSZAWA  
PL. KRASIŃSKICH 2/4/6  
E-MAIL: sekretariat.ipn@ipn.gov.pl .

Hinweise zur Antragsstellung sind zu finden (in polnischer Sprache) unter [www.ipn.gov.pl/formularz.html](http://www.ipn.gov.pl/formularz.html) .

Das IPN wurde nach dem Muster der „Gauck-Behörde“ aufgebaut. Es hat alle Akten der Sicherheitsorgane sowie einige Ein- und Auswanderungsakten aus der Zeit von 1944–1989 übernommen. Im Gegensatz zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verfügt das Institut auch über das Recht, selbst strafrechtlich gegen nationalsozialistische und kommunistische Verbrechen auf polnischem Territorium vorzugehen. Kommunistische Verbrechen – ein neuer rechtlicher Terminus – betreffen dabei den Zeitraum vom 17. September 1939 (dem Einmarsch der Sowjettruppen in Polen) bis zum 31. Dezember 1989. Akteneinsicht für Privatpersonen ist seit August 2001 möglich. Die ersten Betroffenen (rund 500 bei bislang 11.000 Antragsstellern) in Polen haben sich bereits mit dem Inhalt ihrer Akten bekannt gemacht. Die Akten sind auch für Deutsche zugänglich. Wegen der Streichung von umgerechnet über 3 Millionen aus dem Etat des IPN wird es demnächst zu Entlassungen kommen. Zusätzlich möchte die regierende Partei „Demokratischer Linksbund“ (SLD) mit Unterstützung der Bauernpartei PSL den gesetzlichen Auftrag des IPN aufheben, zu stalinistischen Verbrechen zu ermitteln.

#### 1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Weiterhin ist das Misstrauen seitens der Betroffenen gegenüber Anwälten, die DDR-Bürger waren, auf dem Hintergrund der Tatsache groß, dass auch ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS heute Rechtsanwälte sind. Leider ist es der Behörde der Landesbeauftragten nicht möglich, eine Lösung für dieses Probleme herbeizuführen.

#### 1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Die Beratung von Inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS oder deren Kinder nahm im Berichtszeitraum nur einen kleinen Teil ein.

Die Auseinandersetzung mit einer Tätigkeit für das MfS ist besonders für ehemalige politische Häftlinge und deren Familie schmerzlich. In einem Fall wurden 2002 mehrere ausführliche Gespräche mit dem ehemaligen Häftling und mit Vertretern eines Verfolgtenverbandes in dieser Angelegenheit geführt. Im Ergebnis trat er aus dem Verband aus um dessen Ansehen nicht zu beschädigen.

## 2. Zusammenarbeit und Unterstützung

### 2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

#### 2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, personalführende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte des Bundesbeauftragten zu beraten. In diesem Bereich gibt es immer weniger Anfragen, da die Überprüfungen fast abgeschlossen sind. Jedoch erreichen die Landesbeauftragte immer noch Hinweise von Betroffenen, welche bei der Akteneinsicht feststellen müssen, dass Personen über sie berichtet haben, die heute noch im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In Absprache mit den Betroffenen werden diese an die personalführende Stelle weitergeleitet. Das war auch im vergangenen Berichtszeitraum der Fall.

#### 2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Rehabilitierungsgesetze enthalten Ausschlussstatbestände. Hiernach ist jemand, der gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtstaatlichkeit verstoßen hat oder in schwerwiegenden Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat, von Folgeleistungen ausgeschlossen. Die Rehabilitierungsbehörden sind verpflichtet, dieses zu überprüfen und zu bewerten. Das bedeutet, sie müssen die Verstrickung mit dem DDR-System ins Verhältnis zu der erlittenen Verfolgung setzen. Das setzt eine sorgsame Prüfung und Abwägung voraus. Die Landesbeauftragte wird hier in Einzelfällen um eine Bewertung der Tätigkeit für das MfS gebeten. Aus Sicht der Landesbeauftragten ist es zu empfehlen, die Überprüfung vor der Übersendung des Endbescheides durchzuführen, damit es nicht erst zu finanziellen Rückforderungen kommen muss.

#### 2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie der Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

In Sachsen-Anhalt werden alle **Landesbediensteten** nach wie vor auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR überprüft. Die Überprüfung schließt auch die Personen ein, die sich aus den alten Bundesländern bewerben. Jedes Mal wird eine Einzelfallprüfung vorgenommen. Bei beabsichtigten Kündigungen werden die Vorgänge dem **Vertrauensrat** bei der Staatskanzlei vorgelegt. Im Berichtszeitraum wurden keine Personalangelegenheiten vor dem Vertrauensrat behandelt.

Die Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ist bis auf Neueinstellungen abgeschlossen. Im kommunalen Bereich wurden wie in den vergangenen Jahren Beratungsangebote der Landesbeauftragten angenommen. Die Möglichkeit der Überprüfung sollte bis zum Auslaufen der §§ 21 und 22 des StUG Ende 2006 genutzt werden.

Dass ein großes Interesse seitens der Bevölkerung an einer Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihnen gleichgestellten Personen besteht, zeigen die anhaltenden Auseinandersetzungen um den MDR. Mit Beginn des Jahres 2003 stieß die Entscheidung des Senders, Gregor Gysi als Moderator einer Sendung über ostdeutsche Probleme zu beschäftigen auf Widerstand unter Zuschauern und auch unter Beschäftigten des MDR. Die Landesbeauftragten der Vertragsländer des MDR in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wiesen in einer Presseerklärung am 16. Januar 2002 darauf hin, dass Gregor Gysi als Repräsentant der Ostdeutschen nicht geeignet ist (s. Anhang).

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat im Anschluss an die Wahlen 2002 beschlossen, die **Abgeordneten** auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüfen zu lassen.

Die folgenden Tabellen geben im einzelnen Auskunft über den Stand der Überprüfung in Sachsen-Anhalt. Aus Platzgründen wurde auf eine detailliertere Veröffentlichung verzichtet. Die einzelnen Zahlen können jedoch bei der Landesbeauftragten eingeholt werden.

### 2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen Landtag, Staatskanzlei und Ministerien

|   | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|   |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Landtagsverwaltung                        | 146                    | 198   | 198                           | 194   | 4 IM   | 1                                      | 1                  | 2  | 0                           | 0                           | 1 VG*                                       | 0  |
| Staatskanzlei                             | 222                    | 283   | 278                           | 270   | 8  |  | 8                  | 0  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Ministerium des Innern                    | 15.075                 | 19.090                                      | 17.038                        | 14.323  | 2.715  | 896                                    |                    | 1.810                                      | 0                           | 9                           | 13  | 3  |
| Ministerium der Justiz                    | 4.614                  | 4.886                                       | 4.689                         | 4.429   | 260  | 76                                     | 41                 | 131  | 3                           | 9                           | 3   | 0  |
| Ministerium der Finanzen                  | 4.849                  | 4.487                                       | 4.457                         | 4.312   | 145  | 24                                     | 12                 | 109  | 0                           | 0                           | 8   | 2  |
| Ministerium für Gesundheit und Soziales   | 1.670                  | 2.665                                       | 2.662                         | 2.576   | 86   | 7                                      | 19                 | 59   | 0                           | 1                           | 8   | 0  |
| Ministerium für Wirtschaft und Arbeit     | 542                    | 726   | 725                           | 695   | 30   | 1                                      | 16                 | 12   | 0                           | 1                           | 0   | 0  |
| Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt | 4.526                  | 5.910                                       | 5.849                         | 5.521   | 1 HM<br>327 IM                                 | 48                                     | 63                 | 217  | 0                           | 0                           | 27  | 9  |

|                                 | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---------------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|                                 |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Ministerium für Bau und Verkehr | 1.848                  | 2.349                                       | 2.210                         | 2.138   | 72   | 8                                      | 14                 | 50   | 0                           | 0                           | 4   | 3  |
| Kultusministerium               | 45.976                 | 70.573                                      | 65.891                        | 63.474  | 2.417  | 704                                    |                    | 1.708                                      | 5                           | -                           | -   | -  |
| Gesamt:                         | 79.468                 | 111.167                                     | 103.997                       | 97.932  | 6.065  | 1.939                                  |                    | 4.098                                      | 8                           | 20                          | 64  | 17   |

IM\* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM\* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG\* = Arbeits-, VG\* = Verwaltungsgerichte

|   | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|---|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|   |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Kernverwaltung                              | 425                    | 474   | 472                           | 450   | 22   | 17                                     | 4                  | 1  | 0                           | 0                           | 3   | 0  |
| nachgeordneter Polizeibereich               | 11.334                 | 12.146                                      | 12.116                        | 9.601   | 2.515  | 793**                                  |                    | 1.722                                      | 0                           | **                          | **  | **   |
| RP Magdeburg                                | 413                    | 1.041                                       | 1.015                         | 972   | 43   | 7                                      | 19                 | 9  | 2                           | 6                           | 4   | 2  |
| RP Halle                                    | 453                    | 812   | 812                           | 784   | 28   | 2                                      | 9                  | 16   | 0                           | 1                           | 1   | 0  |
| RP Dessau                                   | 570                    | 572   | 570                           | 549   | 21   | 5                                      | 7                  | 8  | 0                           | 1                           | 2   | 1  |
| Statistisches Landesamt                     | 280                    | 340   | 340                           | 319   | 21   | 2                                      | 5                  | 13   | 0                           | 1                           | 1   | 0  |
| Landesarchive                               | 81                     | 104   | 104                           | 96  | 8  | 2                                      | 5                  | 1  | 0                           | 0                           | 2   | 0  |
| Vermessungs- und Katasterverwaltung         | 1.347                  | 1.347                                       | 1.347                         | 1.313   | 34   | 5                                      | 0                  | 29   | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| LA für Landesvermessung und Datenverwaltung | 30                     | 33  | 33                            | 32  | 1  | 1                                      | 0                  | 0  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Brand- und Katastrophenschutzschule         | 99                     | 184   | 182                           | 163   | 19   | 0                                      | 11                 | 8  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Institut der Feuerwehr                      | 21                     | 26  | 26                            | 23  | 3  | 0                                      | 2                  | 1  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |

|                                | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|                                |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Studieninstitut Sachsen-Anhalt | 22                     | 21  | 21                            | 21  | 0  | 0                                      | 0                  | 0  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Gesamt:                        | 15.075                 | 19.090                                      | 17.038                        | 14.323  | 2.715  | 896                                    |                    | 1.810                                      | 0                           | 9                           | 13  | 3  |

IM\* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM\* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG\* = Arbeits-, VG\* = Verwaltungsgerichte  
 \*\* unverhältnismäßig hoher Aufwand zur Ermittlung der Daten nötig

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

|                             | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|-----------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|                             |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Kernverwaltung              | 341                    | 423   | 404                           | 391   | 13   | 7                                      |                    | 6  | 0                           | -                           | -   | -  |
| nachgeordnete Einrichtungen | 45.635                 | 70.150                                      | 65.487                        | 63.083  | 2.404  | 697                                    |                    | 1.702                                      | 5                           | -                           | -   | -  |
| Gesamt:                     | 45.976                 | 70.573                                      | 65.891                        | 63.474  | 2.417  | 704                                    |                    | 1.708                                      | 5                           | -                           | -   | -  |

IM\* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM\* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG\* = Arbeits-, VG\* = Verwaltungsgerichte  
 Zusammenfassung der Daten zum Landtag, der Staatskanzlei und den Ministerien

Anzahl der Beschäftigten im Landtag, den Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen (31.12.02) 79.468  
Das sind 620 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR (388 Anträge mehr als im Jahr 2000) 111.167  
Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, welche die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

|  |           |            |
|--|-----------|------------|
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten                            | 103.997   |            |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 97.932    | 94,2 %     |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS | 6.065     | 5,8 %      |
| <br>Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse                           | <br>1.939 | <br>32,0 % |
| Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung                | 4.098     | 67,6 %     |
| Anzahl der ausstehenden Entscheidungen                                 | 8         | 0,1 %      |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter                         | 20        | 0,3 %      |

Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

#### 2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt

|                        | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt |
|------------------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|---|
|                        |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |   |
| Stadt Magdeburg        | 4.655                  | 8.901                                       | 8.812                         | 8.422   | 390  | 82                                     | 39                 | 259  | 0                           | 10                          | 41  | 2   |
| Stadt Halle/Saale      | 4.674                  | 1.290                                       | 1.286                         | 1.157   | 129  | 19                                     | 88                 | 22   | 0                           | 0                           | 3 / 1                                       |   |
| Stadt Dessau           | 4.116                  | 4.249                                       | 4.189                         | 4.115   | 74   | 3                                      | 41                 | 29   | 0                           | 1                           | 4   | 1   |
| Altmarkkreis Salzwedel | 616                    | 1.214                                       | 1.037                         | 970   | 67   | 23                                     | 17                 | 27   | 0                           | 0                           | 0   | 0   |
| Anhalt-Zerbst          | 491                    | 592   | 588                           | 551   | 37   | 13                                     | 8                  | 16   | 0                           | 0                           | 5   | 0   |
| Aschersleben-Staßfurt  | 530                    | 1.257                                       | 926                           | 885   | 41   | 13                                     | 3                  | 25<br>(13 WR*)                             | 0                           | 0                           | 3 AG*                                       | 3   |
| Bernburg               | 380                    | 497   | 497                           | 472   | 25   | 20                                     | 4                  | 1  | 0                           | 0                           | 3   | 1   |
| Bitterfeld             | 568                    | 779   | 772                           | 747   | 25   | 2                                      | 23                 | 0  | 0                           | 0                           | 2   | 1   |
| Bördekreis             | 421                    | 619   | 619                           | 579   | 40   | 27                                     | 0                  | 6  | 0                           | 7                           | 5   | 1   |
| Burgenlandkreis        | 649                    | 2.417                                       | 2.417                         | 2.355   | 61 / 1   | 37                                     | 5                  | 13   | 0                           | 7                           | 8 / 1                                       | 0   |
| Halberstadt            | 1.242                  | 1.827                                       | 1.771                         | 1.715   | 56   | 12                                     | 18                 | 23   | 0                           | 3                           | 7   | 4   |
| Jerichower Land        | 1.050                  | 567   | 517                           | 485   | 32   | 3                                      | 12                 | 9  | 0                           | 8                           | 1 AG*                                       | 0   |
| Köthen / Anhalt        | 764                    | 1.593                                       | 1.593                         | 1.551   | 42 IM  | 13                                     | 10                 | 13   | 0                           | 6                           | 8 AG*                                       | 2   |
| Mansfelder Land        | 1.447                  | 2.262                                       | 2.259                         | 2.209   | 50   | 22                                     | 20                 | 6  | 0                           | 2                           | 2   | 2   |
| Merseburg-Querfurt     | 1.541                  | 2.780                                       | 2.761                         | 2.681   | 80   | 4                                      | 55                 | 21   | 0                           | 0                           | 3   | 0   |
| Ohrekreis              | 1.253                  | 1.025                                       | 970                           | 922   | 48   | 15                                     | 9                  | 24   | 0                           | 0                           | 0   | 0   |
| Quedlinburg            | 459                    | 937   | 937                           | 913   | 24   | 7                                      | 7                  | 4  | 0                           | 6                           | 3   | 0   |

|              | Anzahl der Mitarbeiter | Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990) | Anzahl der Auskünfte der BStU | davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)* | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------|------------------------|---|-------------------------------|---|--|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|              |                        |   |                               |   |  | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Saalkreis    | 383                    | 492   | 492                           | 468   | 22 IM<br>2 HM                                  | 6                                      | 6                  | 12   | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Sangerhausen | 343                    | 654   | 473                           | 455   | 18   | 8                                      | 4                  | 6  | 0                           | 0                           | 2   | 0  |
| Schönebeck   | 889                    | 1.100                                       | 1.051                         | 1.021   | 30   | 2                                      | 23                 | 3  | 0                           | 2                           | 1   | 0  |
| Stendal      | 791                    | 1.165                                       | 1.159                         | 1.086   | 73   | 38                                     | 6                  | 29   | 0                           | 0                           | 21  | 2  |
| Weißenfels   | 419                    | 879   | 878                           | 843   | 35   | 17                                     |                    | 9  | 0                           | 9                           | 2   | 1  |
| Wernigerode  | 598                    | 874   | 874                           | 828   | 46   | dazu werden keine Auskünfte erteilt    |                    |  |                             |                             |   |  |
| Wittenberg   | 695                    | 976   | 976                           | 933   | 43   | 20                                     | 4                  | 10   | 0                           | 9                           | 0   | 0  |
| Gesamt       | 28.974                 | 43.236                                      | 37.854                        | 36.363  | 1.491  | 808                                    |                    | 567  | 0                           | 70                          | 126   | 20   |

IM\* = Inoffizieller, HM\* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG\* = Arbeits-, VG\* = Verwaltungsgerichte; WR\* = Wachregiment

Anzahl der Beschäftigten in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Stand 31.12.2002) 28.974

Das sind 880 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 43.236

Das sind 4.573 zusätzliche Anträge im Berichtszeitraum. Die Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 37.854

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 36.363 96,1 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 1.491 3,9 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 808 54,2 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 567 38,0 %

Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 0 0,0 %

Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 70 4,7 %

Anzahl der Mitarbeitern mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu denen keine Auskunft erteilt wurde 46 3,1 %

### 2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt

| Landkreis              | Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis |    | Anzahl der Mitarbeiter in den VWG's und Städten, die geantwortet haben | Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990 | Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|------------------------|---|----|--|--|---|---|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|                        |   |    |  |  |   |   | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Altmarkkreis Salzwedel | 8   | 12 | 606  | 720                                      | 681   | 30  | 17                                     |                    | 5  | 8                           | 0                           | 5   | 4  |
| Anhalt-Zerbst          | 9   | 9  | 679  | 1.225                                    | 1.194   | 24  | 14                                     |                    | 8  | 0                           | 2                           | 1   | 1  |
| Aschersleben-Staßfurt  | 6   | 10 | 649  | 918                                      | 906   | 11  | 7                                      |                    | 4  | 0                           | 0                           | 2   | 0  |
| Bernburg               | 5   | 6  | 589  | 931                                      | 912   | 13  | 9                                      |                    | 4  | 0                           | 0                           | 1   | 0  |



| Landkreis          | Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis |     | Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben | Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990 | Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit | Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit | daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse |                    | Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung | Entscheidung steht noch aus | waren bereits ausgeschieden | Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)* | nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt |
|--------------------|---|-----|---|--|---|---|--|--------------------|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
|                    |   |     |   |  |   |   | Kündigungen                            | Auflösungsverträge |  |                             |                             |   |  |
| Bitterfeld         | 8   | 11  | 979   | 2.493                                    | 2.456   | 31  | 22                                     |                    | 9  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Bördekreis         | 8   | 10  | 446   | 549                                      | 537   | 11  | 4                                      |                    | 7  | 0                           | 0                           | 1   | 1  |
| Burgenlandkreis    | 13  | 15  | 1.298   | 2.408                                    | 2.346   | 60  | 28                                     |                    | 31   | 0                           | 1                           | 1   | 1  |
| Halberstadt        | 5   | 7   | 651   | 995                                      | 940   | 19  | 10                                     |                    | 9  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Jerichower Land    | 6   | 10  | 716   | 681                                      | 665   | 13  | 7                                      |                    | 6  | 0                           | 2                           | 1   | 1  |
| Köthen / Anhalt    | 3   | 7   | 87  | 60                                       | 60  | 0   |  |                    |  |                             |                             |   |  |
| Mansfelder Land    | 11  | 12  | 945   | 1.003                                    | 988   | 14  | 11                                     |                    | 3  | 0                           | 0                           | 4   | 0  |
| Merseburg-Querfurt | 10  | 13  | 977   | 1.322                                    | 1.313   | 9   | 5                                      |                    | 3  | 0                           | 1                           | 0   | 0  |
| Ohrekreis          | 10  | 14  | 924   | 1.206                                    | 1.182   | 22  | 9                                      |                    | 13   | 0                           | 0                           | 1   | 0  |
| Quedlinburg        | 4   | 6   | 463   | 775                                      | 758   | 17  | 11                                     |                    | 6  | 0                           | 0                           | 0   | 0  |
| Saalkreis          | 7   | 9   | 204   | 156                                      | 154   | 2   | 0                                      |                    | 1  | 0                           | 1                           | 0   | 0  |
| Sangerhausen       | 5   | 8   | 477   | 1.053                                    | 911   | 17  | 7                                      |                    | 5  | 0                           | 5                           | 0   | 0  |
| Schönebeck         | 6   | 7   | 741   | 979                                      | 974   | 4   | 3                                      |                    | 0  | 0                           | 1                           | 0   | 0  |
| Stendal            | 13  | 15  | 1.372   | 1.664                                    | 1.719   | 33  | 25                                     |                    | 6  | 0                           | 2                           | 1   | 1  |
| Weißenfels         | 7   | 8   | 595   | 1.023                                    | 960   | 18  | 3                                      |                    | 10   | 2                           | 3                           | 0   | 0  |
| Wernigerode        | 6   | 8   | 1.122   | 870                                      | 838   | 17  | 3                                      |                    | 12   | 0                           | 2                           | 2   | 1  |
| Wittenberg         | 7   | 15  | 782   | 999                                      | 910   | 33  | 14                                     |                    | 19   | 0                           | 0                           | 1   | 0  |
| Gesamt:            | 157   | 212 | 15.302  | 22.030                                   | 21.404  | 400   | 209                                    |                    | 161  | 10                          | 20                          | 21  | 10   |

Anzahl der angeschriebenen Städte und Verwaltungsgemeinschaften 213  
Anzahl der Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die geantwortet haben 157 74 %

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die 157 Städte und Verwaltungsgemeinschaften (im Vorjahr waren es 187), die auf das Anschreiben geantwortet haben.

Anzahl der Beschäftigten in den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften (31.12.2002) 15.302

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 22.030

Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 21.804

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 21.404 98,2 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 400 1,8 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 209 52,3 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 161 40,2 %

Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 10 2,5 %

Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 20 5,0 %

Anzahl der Gerichtsverfahren nach 209 beendeten Arbeitsverhältnissen 21 10,0 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach 21 Gerichtsverfahren 10 47,6 %

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert.

### 2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

| Stadtrat/ Kreis-<br>tag   | Wahlperio-<br>de<br>1: 90–94<br>2: 94–99<br>3: 99–04 | Anzahl<br>der Man-<br>dats-<br>träger | Anzahl<br>der An-<br>träge bei<br>der BStU | Anzahl<br>der Aus-<br>künfte der<br>BStU | davon:<br>keine<br>Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit | Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit<br>(IM oder<br>HM)* | daraufhin<br>nieder-<br>gelegte<br>Mandate | weiter-<br>geführte<br>Mandate | Entschei-<br>dung<br>steht<br>noch aus | waren be-<br>reits aus-<br>geschie-<br>den |
|---------------------------|--|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Magdeburg                 | 1<br>2<br>3  | 152<br>57<br>56                       | 147<br>41<br>0                             | 147<br>41                                | 142<br>39  | 5<br>2  | 1<br>0                                     | 4<br>2                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Halle/Saale               | 1<br>2<br>3  | 160<br>56<br>56                       | 160<br>41<br>38                            | 160<br>41<br>38                          | 154<br>41<br>38  | 6<br>0<br>0   | 6  | 0                              | 0                                      | 0  |
| Dessau                    | 1<br>2<br>3  | 70<br>50<br>50                        | 70<br>16<br>0                              | 60<br>15                                 | 59<br>15   | 1<br>0  | 1<br>0                                     | 0<br>0                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Altmarkkreis<br>Salzwedel | 1<br>2<br>3  | 45/45/50<br>47<br>48                  | 45/45/50<br>41<br>0                        | 41                                       | 39   | 2   | 0  | 2                              | 0                                      | 0  |
| Anhalt-Zerbst             | 1<br>2<br>3  | 60/40<br>42<br>42                     | 60/40<br>41<br>21                          | 60/37<br>41<br>20                        | 58/35<br>40<br>20  | 2/2<br>1<br>0   | 2/2<br>0                                   | 0<br>1                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Aschersleben-<br>Staßfurt | 1<br>2<br>3  | 36/65<br>48<br>48                     | 50<br>0                                    | 50                                       | 47   | 3   | 0  | 3                              | 0                                      | 0  |
| Bernburg                  | 1<br>2<br>3  | 61<br>42<br>42                        | 61<br>19<br>18                             | 60<br>19<br>18                           | 59<br>19<br>17   | 1<br>0<br>1   | 1<br>0<br>0                                | 1                              |  |  |

| Stadtrat/ Kreis-<br>tag | Wahlperio-<br>de<br>1: 90–94<br>2: 94–99<br>3: 99–04 | Anzahl<br>der Man-<br>dats-<br>träger | Anzahl<br>der An-<br>träge bei<br>der BStU | Anzahl<br>der Aus-<br>künfte der<br>BStU | davon:<br>keine<br>Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit | Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit<br>(IM oder<br>HM)* | daraufhin<br>nieder-<br>gelegte<br>Mandate | weiter-<br>geführte<br>Mandate | Entschei-<br>dung<br>steht<br>noch aus | waren be-<br>reits aus-<br>geschie-<br>den |
|-------------------------|--|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Bitterfeld              | 1<br>2<br>3  | 90<br>48<br>48                        | 90<br>40<br>45                             | 90<br>40<br>44                           | 90<br>40<br>43   | 0<br>0<br>1 HM  | 0<br>0                                     | 1                              |  |  |
| Bördekreis              | 1<br>2<br>3  | 41/45<br>42<br>43                     | 41/45<br>39<br>37                          | 41/45<br>39<br>37                        | 39/45<br>38<br>37  | 2/0<br>1<br>0   | 2/0<br>0                                   | 0<br>1                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Burgenlandkreis         | 1<br>2<br>3  | 51/40/49<br>55<br>49                  | 52/40/46<br>46<br>0                        | 52/40/46<br>46                           | 45/36/44<br>45   | 7/4/2<br>1  | 1/4/0<br>0                                 | 6/0/2<br>0                     | 0<br>0                                 | 0<br>1                                     |
| Halberstadt             | 1<br>2<br>3  | 75<br>43<br>43                        | 75<br>42<br>32                             | 42<br>23                                 | 42<br>23   | 0   |  |                                |  |  |
| Jerichower Land         | 1<br>2<br>3  | 60/45<br>43<br>49                     | 62/42<br>20<br>43                          | 62/42<br>20<br>41                        | 54/40<br>16<br>38  | 8/2<br>4<br>3   | 3/1<br>0<br>0                              | 5/1<br>4<br>3                  | 0<br>0<br>0                            | 0<br>0<br>0                                |
| Köthen                  | 1<br>2<br>3  | 72<br>42<br>42                        | 87<br>0<br>0                               | 87                                       | 81   | 6   | 3  | 3                              | 0                                      | 0  |
| Mansfelder Land         | 1<br>2<br>3  | 40/78<br>51<br>49                     | 40/78<br>51<br>49                          | 40/64<br>51<br>48                        | 39/63<br>51<br>47  | 1/1<br>0<br>1   | 1/1<br>0<br>0                              | 0<br>0<br>0                    | 0<br>0<br>1                            | 0<br>0<br>0                                |

| Stadtrat/ Kreis-<br>tag | Wahlperio-<br>de<br>1: 90–94<br>2: 94–99<br>3: 99–04 | Anzahl<br>der Man-<br>dats-<br>träger | Anzahl<br>der An-<br>träge bei<br>der BStU | Anzahl<br>der Aus-<br>künfte der<br>BStU | davon:<br>keine<br>Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit | Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit<br>(IM oder<br>HM)* | daraufhin<br>nieder-<br>gelegte<br>Mandate | weiter-<br>geführte<br>Mandate | Entschei-<br>dung<br>steht<br>noch aus | waren be-<br>reits aus-<br>geschie-<br>den |
|-------------------------|--|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Merseburg-<br>Querfurt  | 1<br>2<br>3  | 72<br>49<br>49                        | 72<br>49<br>0                              | 72<br>49                                 | 65<br>47   | 7<br>2  | 3<br>0                                     | 4<br>2                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Ohrekreis               | 1<br>2<br>3  | 71/61<br>48<br>48                     | 12<br>13                                   | 12<br>13                                 | 11<br>12   | 1<br>1  | 0<br>0                                     | 1<br>1                         | 0<br>0                                 | 0<br>0                                     |
| Quedlinburg             | 1<br>2<br>3  | 75<br>43<br>43                        | 75<br>26<br>41                             | 75<br>26<br>41                           | 71<br>25<br>39   | 4<br>1<br>2   | 0<br>0<br>0                                | 4<br>1<br>2                    | 0                                      | 0  |
| Saalkreis               | 1<br>2<br>3  | 64<br>43<br>43                        | 64<br>34<br>19                             | 64<br>34<br>19                           | 62<br>34<br>19   | 2<br>0<br>0   | 0  | 2                              | 0                                      | 0  |
| Sangerhausen            | 1<br>2<br>3  | 69<br>42<br>42                        | 69<br>0<br>0                               | 69                                       | 64   | 5   | 0  | 5                              | 0                                      | 0  |
| Schönebeck              | 1<br>2<br>3  | 75<br>42<br>42                        | 60<br>0<br>0                               | 60                                       | 54   | 6   | 0  | 6                              | 0                                      | 0  |
| Stendal                 | 1<br>2<br>3  | 90/40/51<br>54<br>48                  | 86/40/51<br>0<br>0                         | 81/7/43                                  | 80/6/43  | 1/1/0   | 1/1/0                                      | 0                              | 0                                      | 0  |

| Stadtrat/ Kreis-<br>tag | Wahlperio-<br>de<br>1: 90–94<br>2: 94–99<br>3: 99–04 | Anzahl<br>der Man-<br>dats-<br>träger | Anzahl<br>der An-<br>träge bei<br>der BStU | Anzahl<br>der Aus-<br>künfte der<br>BStU | davon:<br>keine<br>Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit | Hinweise<br>auf eine<br>Zusam-<br>menarbeit<br>(IM oder<br>HM)* | daraufhin<br>nieder-<br>gelegte<br>Mandate | weiter-<br>geführte<br>Mandate | Entschei-<br>dung<br>steht<br>noch aus | waren be-<br>reits aus-<br>geschie-<br>den |
|-------------------------|--|---------------------------------------|--|--|--|---|--|--------------------------------|--|--|
| Weißenfels              | 1<br>2<br>3  | 41/40<br>42<br>42                     | 41/37<br>27<br>0                           | 41/37<br>27                              | 40/35<br>27  | 1/2<br>0  | 1/1  | 0                              | 0                                      | 0/1  |
| Wernigerode             | 1<br>2<br>3  | 80<br>42<br>42                        | 80<br>0<br>0                               |  |  |   |  |                                |  |  |
| Wittenberg              | 1<br>2<br>3  | 60<br>48<br>48                        | 41<br>0                                    |  |  |   |  |                                |  |  |
| Gesamt                  | 1<br>2<br>3  | 2.359<br>1.119<br>1.112               | 2.092<br>635<br>356                        | 1.682<br>634<br>342                      | 1.603<br>616<br>333  | 79<br>18<br>9   | 36<br>0<br>0                               | 42<br>17<br>8                  | 0<br>0<br>1                            | 1<br>1<br>0                                |

IM\* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM\* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG\* = Arbeits-, VG\* = Verwaltungsgerichte

#### 1. Wahlperiode (1990–1994)

|   |       |      |
|---|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger  | 2.359 |      |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 2.092 | 89 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten   | 1.682 |      |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 1.603 | 95 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 79    | 5 %  |
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten  | 36    | 46 % |

|  |    |      |
|--|----|------|
| Anzahl der weitergeführten Mandate               | 42 | 53 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger | 1  | 1 %  |

## 2. Wahlperiode (1994–1999)

|   |       |      |
|---|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger  | 1.119 |      |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 635   | 57 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten   | 634   |      |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 616   | 97 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 18    | 3 %  |
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten  | 0     |      |
| Anzahl der weitergeführten Mandate  | 17    | 95 % |
| Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger  | 1     | 5 %  |

## 3. Wahlperiode (1999–2004)

|   |       |      |
|---|-------|------|
| Anzahl der Mandatsträger  | 1.112 |      |
| Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR | 356   | 32 % |
| Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten   | 342   |      |
| Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 333   | 97 % |
| Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS  | 9     | 3 %  |
| Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten  | 0     |      |
| Anzahl der weitergeführten Mandate  | 8     | 89 % |
| Anzahl der noch ausstehenden Entscheidungen   | 1     | 11 % |

Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den Kreistagen 41 weitere Anträge auf Überprüfung gestellte. Damit sind für 32 % der Mandatsträger in Kreistagen der 3. Wahlperiode Anträge gestellt worden. Im Vorjahr waren es nur 28 %. Bei 342 Auskünften waren 9 Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS. 8 Mandatsträger legten ihr Mandat nicht nieder. 1 Entscheidung steht noch aus. 14 Anträge befinden sich noch in der Bearbeitung bei der Bundesbeauftragten.

### 2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)

| Anzahl der angefragten kreisangehörigen Städte und über die Verwaltungsgemeinschaften angefragten Gemeinden | Anzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die geantwortet haben | Von diesen Städten und Gemeinden, haben eine Anzahl von Städten und Gemeinden Anträge gestellt |                 |                 | Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) in den Städten und Gemeinden, die geantwortet haben |                 |                 | Anzahl der Einzelanträge, die für die Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) von den Städten und Gemeinden gestellt wurden |                 |                 | Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS |                 |                 | Anzahl der aus diesem Grund erfolgten Mandatsniederlegungen |                 |                 |
|---|---|--|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|
|   |   | 1. WP 1990–1994  | 2. WP 1994–1999 | 3. WP 1999–2004 | 1. WP 1990–1994  | 2. WP 1994–1999 | 3. WP 1999–2004 | 1. WP 1990–1994   | 2. WP 1994–1999 | 3. WP 1999–2004 | 1. WP 1990–1994   | 2. WP 1994–1999 | 3. WP 1999–2004 | 1. WP 1990–1994   | 2. WP 1994–1999 | 3. WP 1999–2004 |
| 1.289   | 905   | 311  | 252             | 136             | 11.577   | 10.924          | 10.379          | 4.662   | 2.654           | 1.319           | 135   | 50              | 16              | 75  | 23              | 1               |

Anzahl der angeschriebenen Stadt und Gemeinderäte (über die Verwaltungsgemeinschaften) 1.289

Anzahl der Städte und Gemeinden (über die Verwaltungsgemeinschaften), die geantwortet haben 905 70 %  
(199 weniger als im Vorjahr).

Die weiteren Zahlenangaben beziehen sich **nur** auf die Städte und Gemeinden, die geantwortet haben:

|  |                |     |      |
|--|----------------|-----|------|
| Städte u. Gemeinden (die geantwortet haben) stellten Anträge zur Überprüfung | 1. Wahlperiode | 311 | 34 % |
|  | 2. Wahlperiode | 252 | 28 % |
|  | 3. Wahlperiode | 136 | 15 % |

|  |                |        |
|--|----------------|--------|
| Anzahl der Mandatsträger (mit Bürgermeister) | 1. Wahlperiode | 11.577 |
|  | 2. Wahlperiode | 10.924 |
|  | 3. Wahlperiode | 10.379 |

## Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte

|                |       |      |
|----------------|-------|------|
| 1. Wahlperiode | 4.662 | 40 % |
| 2. Wahlperiode | 2.654 | 24 % |
| 3. Wahlperiode | 1.319 | 13 % |

## Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR

|                |     |     |
|----------------|-----|-----|
| 1. Wahlperiode | 135 | 3 % |
| 2. Wahlperiode | 50  | 2 % |
| 3. Wahlperiode | 16  | 1 % |

## Anzahl der Mandatsniederlegungen aus diesem Grund

|                |    |      |
|----------------|----|------|
| 1. Wahlperiode | 75 | 55 % |
| 2. Wahlperiode | 23 | 46 % |
| 3. Wahlperiode | 1  | 6 %  |

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert.

## 2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte der Bundesbeauftragten

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sind auf Grund des langsamen Fortschreitens der Erschließung immer noch nicht vollständig zugriffsfähig. Das bedeutet, die Auskünfte der Bundesbeauftragten werden auf Grund des erschlossenen Materials gegeben und sind nicht endgültig. Aus diesem Grund wird seitens der Landesbeauftragten in Abständen von einigen Jahren oder auch vor Beförderungen oder Ehrungen ausdrücklich die Beantragung einer aktualisierten Auskunft durch den Arbeitgeber oder die für die Überprüfung zuständige Stelle empfohlen. Im Bereich der Spionageabteilung HVA und deren Folgeeinrichtungen auf Bezirksebene (Abt. XV) könnten sich neue Hinweise in den von den USA übergebenen Unterlagen finden. Der Übergabeprozess ist noch nicht abgeschlossen. Immer wieder teilen Betroffene, wie schon erwähnt, der Landesbeauftragten auch Erkenntnisse mit, die sie aus der persönlichen Akteneinsicht gewonnen haben. Diese werden durch die Landesbeauftragte an die entsprechenden personalführenden Stellen weitergeleitet.

## 2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. (BSV)
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e. V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Mit den Vertretern dieser Vereine fanden wie auch in den vergangenen Jahren regelmäßige Treffen (am 9.1.2002, am 13.3.2002, am 12.6.2002, am 21.8.2002, am 6.11.2002, am 8.1.2003 und am 5.3.2003) in den Räumen der Landesbeauftragten statt. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und der Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts. Vertreter der Regierungspräsidien (Bereiche: Rehabilitation und Zuwendungen) nehmen regelmäßig an den Treffen teil.

Schwerpunkte bildeten die Vorbereitung des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 sowie die Diskussion um die Einrichtung einer Ehrenrente für politisch Verfolgte als eine Möglichkeit der Wiedergutmachung.

Weitere Themen sind die Bearbeitung von Rehabilitierungsanträgen und die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung der Vereinsarbeit durch das Land Sachsen-Anhalt. Die Bearbeitungszeit der Anträge auf berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation beträgt vergleichbar den Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes immer noch mehrere Jahre. So erhielt ein Betroffener, der seinen Antrag im März 2001 gestellt hatte, im September 2002 folgende Zwischennachricht:

*Die Bearbeitung der Rehabilitierungsanträge nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz erfolgt nach Alter des Antragstellers und dem Eingang des Antrages. Momentan bearbeite ich vorrangig entscheidungsreife Anträge derjenigen Antragsteller, deren Anträge im Jahre 1995 und Anfang 1996 eingegangen sind. Um Ihren Antrag abschließend bearbeiten zu können, werden noch beweiskräftige Unterlagen benötigt. Diesbezügliche Recherchen sind noch nicht abgeschlossen. Da sich der größte Teil der Antragsteller bereits im Rentenalter befindet und Ihr Antrag erst vom ...März 2001 datiert ist, sind längere Wartezeiten unvermeidbar.*

Nachdem die Pläne für eine zukünftige Zusammenlegung der drei Rehabilitierungsbehörden im Verlaufe der Verwaltungsreform bekannt wurden, wandten sich die Verbände gemeinsam am 16. Januar 2003 mit folgendem Schreiben und der Bitte, diese Entscheidung im Interesse der Betroffenen noch einmal zu überdenken, an den Leiter des Landesverwaltungsamtes:

*Sehr geehrter Herr Leimbach,*

*uns wurde mitgeteilt, dass ein kurzfristiger Umzug der Rehabilitierungsbehörde vom Damaschkeplatz nach Sudenburg / Ecke Südring vorgenommen werden soll. Diese Entscheidung wird von uns aus folgenden Gründen sehr bedauert: Die Antragsteller befinden sich häufig in einem hohen Alter und sind auf Grund politischer Verfolgung in der Regel gesundheitlich in einer schlechten Verfassung. Die Nähe zum Bahnhof und zu öffentlichen Verkehrsmitteln war in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Der jetzige Standort ist den Betroffenen bekannt und die Beratungstermine wurden rege wahrgenommen.*

*Sollte Ihre Entscheidung in dieser Frage unumstößlich sein, bitten wir Sie jedoch die Öffentlichkeit in geeigneter Weise umfassend über den neuen Standort und vor dem Hintergrund des Fristablaufes der Rehabi-*

*litierungsgesetze zum 31.12.2003 noch einmal über den Inhalt der Arbeit zu informieren.*

*Darüber hinaus sind Pläne im Rahmen der Verwaltungsreform bekannt geworden, die Behörden zusammenzufassen und nach Dessau zu verlegen. Wir bitten Sie dringend, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Nicht nur die oben erwähnten Gründe, sondern auch die örtliche Nähe zu unseren Landesverbänden hat sich in der bisherigen Arbeit als sehr positiv bewährt. Wir konnten Betroffenen Hilfestellung leisten und sie bei Behörden gängen begleiten. Diese Arbeit erfolgt ehrenamtlich und kann bei einer Umsiedlung nach Dessau aus finanziellen und kräftemäßigen Gründen nur noch sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr erfolgen. In der Beratung zeigt sich jedoch, dass noch lange nicht alle Betroffenen über ihre Rechte genügend informiert sind. Wir bitten Sie eindringlich, Ansprechstellen mit kompetenter und konkreter Einzelfallberatung in Magdeburg, Halle und Dessau zu erhalten.*

*Mit freundlichen Grüßen, Johannes Rink, (BSV / VOS-Landesvorsitzender) und Wolfgang Stiehl (Schriftführer in der VOS-Landesgruppe)*



Melanie Kollatzsch (Foto: I. Lemke, BSV)

Die Vereine unterstützen die Betroffenen bei der Antragstellung und leisten eine wichtige Betreuungsarbeit. Die Landesbeauftragte unterstützt den Wunsch nach einer dezentralen Beratung nach der bisher praktizierten Verfahrensweise an drei Standorten.

Die Vereine beschlossen, die Zusammenarbeit im Rahmen einer Interessengemeinschaft noch enger zu gestalten.

Ein besonderer Höhepunkt war das Verbändeforum am 12. Juni 2002. An diesem Tag feierten alle gemeinsam mit musikalischer Umrahmung den 75. Geburtstag von Melanie Kollatzsch. Frau Kollatzsch war fünfzehneinhalb Jahre aus politischen Gründen inhaftiert. Ihre berufliche Rehabilitation erhielt sie endlich während des Verbändeforums am 8.1.2003 überreicht.

### Torgau-Urnen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Zusammenarbeit im Arbeitskreis „Torgau-Urnen“ bei der Stadtverwaltung Halle. Dieser Kreis beschäftigte sich intensiv in den letzten beiden Jahren mit der Geschichte der Menschen, die in den Urnen bestattet wurden, und mit der Geschichte der Urnen selbst. Seitens der Landesbeauftragten wurde 2001 ein Gestaltungsentwurf für das Grabfeld 39 in Auftrag gegeben. Inzwischen wurde die Umbettung innerhalb des Gertraudenfriedhofes und eine angemessene Gestaltung des neuen Grabfeldes beschlossen. Die Einweihung erfolgt im Frühjahr 2003.

Die Verbände aus Sachsen-Anhalt beteiligen sich an der Gestaltung mit der Stiftung von Bänken und einer Informationstafel, welche folgenden Inhalt hat:

*Diese Grabanlage wurde im Jahr 2002 für 117 Menschen errichtet, die in den Jahren 1950–1953 an den Folgen der Haftbedingungen im Torgauer Gefängnis Fort Zinna starben. Die Gefangenen waren von sowjetischen Militärtribunalen zu 7 bis 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Wahrheitsgehalt der Anklagen wurde nicht geprüft, es bestand keine Möglichkeit zur Verteidigung, und die Angehörigen erfuhren nichts über den Verbleib der Gefangenen. Auch über ihren Tod wurden sie nicht informiert, und so warteten die Familien noch viele Jahre vergeblich auf die Rückkehr der Verschwundenen und wagten es nicht, öffentlich über ihre verzweifelte Trauer zu reden.*

*Die kommunistischen Machthaber hatten die Verstorbenen zur Einäscherung nach Halle bringen lassen und den Befehl erteilt, die Urnen ohne jede Kennzeichnung „verlassen“ beizusetzen. Damit sollte erreicht werden, dass die Urnen unauffindbar bleiben.*

*Die damaligen Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung haben diesen Befehl nicht ausgeführt, sondern die Urnen in der Abteilung 39, einem Reihengrabfeld, dessen Ruhefristen bereits abgelaufen waren, bestattet. Die Urnen wurden einzeln, jeweils hinter dem Grabstein bzw. Kopfende eines Grabes beigesetzt. Da dies nicht in einer Reihe, sondern im Gräberfeld weit verteilt erfolgte, hat der Friedhofsleiter, trotz des damit für ihn verbundenen Risikos, heimlich einen Lageplan angefertigt. Dank dieses Planes, der 1993 im Friedhofsarchiv gefunden wurde und der nun, nach der friedlichen Revolution von 1989, der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte, fiel endlich Licht auch auf dieses schreckliche Kapitel unserer Geschichte.*

*Die Urnen wurden umgebettet, um ihnen hier in dieser Grabanlage eine letzte würdige Ruhestätte zu geben. Die Steine tragen die Namen aller Toten, deren Angehörige nicht mehr ermittelt werden konnten.*

*Viele von ihnen wurden inzwischen von der russischen Administration rehabilitiert.*

*Die Grabanlage wurde im Sinne des Gesetzes der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft anerkannt und hat daher unbegrenztes Ruherecht.*

Zusätzlich wurden Spendenmittel in Höhe von 2.000 durch die Verbände eingeworben und der Stadt Halle überwiesen, damit auf den Grabsteinen der volle Name der Verstorbenen mit dem Geburts- und Sterbedatum vermerkt werden kann.

Das Sächsische Justizministerium beteiligte sich mit 3.000, da mindestens 27 der Verstorbenen ihren letzten Wohnsitz in Sachsen hatten.

### Finanzierung

Folgender Abschnitt wurde aus dem 8. Tätigkeitsbericht übernommen, da er an Aktualität nicht verloren hat:

*Auf die schwierige finanzielle Situation der Verbände wurde in den letzten Berichten immer wieder hingewiesen. Ihre Arbeit ist im Bereich der Betreuung von Opfern des SED-Regimes und im Bereich der politischen Bildung unverzichtbar. Sie kann bei weitem nicht von den vorhandenen staatlichen Stellen übernommen werden. So sind zum Beispiel die alljährlichen Gedenkveranstaltungen nicht nur mit Kranzniederlegungen, sondern auch mit einem Gedankenaustausch und dem Gefühl gegenseitiger Stärkung verbunden. In der Bildungsarbeit ist besonders der regionale Aspekt nicht zu unterschätzen.*

*Das Land Sachsen-Anhalt muss die Unterstützung der Verbände zukünftig verstärken. Allen Mitarbeitern der Verbände sei an dieser Stelle für ihre wichtige Arbeit gedankt!*

### 2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz für die Opfer kommunistischer Gewalt von 1945 bis 1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Die Behörde der Landesbeauftragten arbeitet sehr eng mit allen drei Gedenkstätten zusammen. Gemeinsam mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle werden die Faltblattreihen „Inhaftiert im Roten Ochsen“ und „17. Juni 1953“ herausgegeben.

Die Mitglieder des Gedenkstättenbeirates erhalten regelmäßig die Broschüren „Betroffene erinnern sich“ und „Sachbeiträge“ sowie weiteres Informationsmaterial zugesandt.

Das Regierungspräsidium Magdeburg teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu der Zeit ab 1945 folgendes mit:

#### *Bericht zur Arbeit der Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt im Jahre 2002*

*Im Jahr 2002 haben die landeseigenen Gedenkstätten – unterstützt von vielen Kooperationspartnern, auch durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – mit einer unterschiedlichen Palette von Angeboten ihre Gedenk- und Erinnerungsarbeit an die Opfer der verschiedenen Unrechtsregime fortgesetzt. Bei diesen Veranstaltungen – aber auch anlässlich von Befragungen, Sitzungen zu konzeptionellen Fragen etc. – wurden die Gedenkstätten in vielfältiger Weise durch Opfer der SED-Diktatur, die sich als Zeitzeugen zur Verfügung stellten, unterstützt. Dafür sei an dieser Stelle herzlich gedankt.*

*Die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) führte im Mai 2002 ihr 5. Halle-Forum durch. Ausgewiesene Wissenschaftler und Zeitzeugen diskutierten während der dreitägigen Veranstaltung über Fragen der Entstehung der 2. Deutschen Diktatur auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. In Erinnerung an die Übergabe der Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ an die DDR-Behörden vor fünfzig Jahren fand im Oktober 2002 ein Zeitzeugenforum mit Opfern der SED-Diktatur statt, das sehr gut besucht war. Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass der seit Jahren festzustellende Trend nach einer Zunahme der Besucherzahl in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle auch im abgelaufenem Jahr anhielt.*

*Auch die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg setzte im Jahr 2002 ihre Bildungs- und Erinnerungsarbeit fort. Viele Schulklassen und Bildungseinrichtungen nahmen die Angebote der Gedenkstätte auf Führung durch die MfS-Untersuchungsanstalt wahr und erhielten umfassenden Einblick in die an diesem Ort von der Staatssicherheit der DDR verübten Menschenrechtsverletzungen. Für ihr seit Jahren engagiertes und erfolgreiches Wirken erhielt die Leiterin der Einrichtung, Frau Annegret Stephan, am 20. September 2002 aus den Händen des Ministerpräsidenten die Bundesverdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Begründung hob Herr Prof. Dr. Böhmer insbesondere ihr Wirken für die Anerken-*

*nung der Haftfolgeschäden nach politischer Haft in der SBZ/DDR hervor. Nachdem in den letzten Jahren bereits die Gedenkstätte „Roter Ochse“ sich sehr erfolgreich an der Hallischen Museumsnacht beteiligt hatte, waren im Jahr 2002 auch in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg aus diesem Anlass erstmals die Türen geöffnet. Mehr als 800 Personen machten an diesem Abend von dem Angebot Gebrauch, die Gedenkstätte zu besichtigen.*

*Die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn zeigte ab dem 26. Mai 2002 die von ihr erarbeitete Sonderausstellung zur Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik zwischen 1952 und 1989 mit außerordentlichem Erfolg. Mit dieser Ausstellung thematisierte die Gedenkstätte ein in der Öffentlichkeit wenig präsent Kapitel der DDR-Unrechtsgeschichte, dessen Auswirkungen für viele Betroffene bis zum heutigen Tage reichen. Zur Einweihung der Ausstellung konnte die Gedenkstätte Herrn Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer begrüßen. Auch verschiedene andere Sonderausstellungen – unter anderem die von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erarbeitete Ausstellung „Staatssicherheit-Garant der SED-Diktatur“ – wurden mit großem Erfolg präsentiert. Darüber hinaus konnte der zielgerichtete Aufbau der Gedenkstätte fortgesetzt werden. Das vom Bund geförderte Projekt zur Bibliothekserfassung und Objektinventarisierung wurde weitergeführt, die mit Unterstützung des Bundes seit Jahren betriebene bauliche Herrichtung der Einrichtung auch im Jahre 2002 fortgesetzt. Im Jahr 2003 ist mit dem Abschluss der Arbeiten zu rechnen. Das vom Bund geförderte Projekt zur Objektinventarisierung und Bibliothekserfassung ist bis in das Jahr 2004 konzipiert.*

*Das Gedenkstättendezernat im Regierungspräsidium Magdeburg begann mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung im abgelaufenem Jahr mit der Herausgabe eines Rundbriefes. Die quartalsweise erscheinende Publikation soll über die Arbeit der Gedenkstätten unterrichten, aber auch als Forum für die Diskussion zu einzelnen Themen der Menschenrechtsverletzungen im Zeitraum 1933 bis 1989 dienen. Des Weiteren erschien im Rahmen der Schriftenreihe des Gedenkstättendezernates im letzten Jahr die Publikation „Recht und Rechtsprechung in der DDR? Vorträge in der Gedenkstätte ‚Roter Ochse‘ Halle (Saale)“. Diese Publikation kann im Dezernat 37 des Regierungspräsidiums Magdeburg erworben werden.*

*Nach umfangreichen Planungen und Gesprächen, die insbesondere auch mit den Opferverbänden geführt wurden, wurde im Frühjahr 2002 an den Bund der Antrag des Landes zur Förderung der Herrichtung der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) gestellt. Nach eingehender Prüfung*



wurde der Antrag genehmigt. Die Umbaumaßnahmen konnten bereits im Dezember 2002 begonnen werden und sollen Ende 2004 abgeschlossen sein. Die Baumaßnahmen werden eine mehrmalige kurzzeitige Schließung der Einrichtung erforderlich machen. Der Abschluss der Arbeiten und die Einweihung der neuen Dauerausstellung ist für Frühjahr 2005 geplant. Ab diesem Zeitpunkt werden sich die Möglichkeiten für die Bildungs- und Erinnerungsarbeit in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) wesentlich verbessern.

#### 2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Hier hat sich im Berichtszeitraum der Zustand nicht verändert. Es zeigt sich wie in den vergangenen Jahren, dass die Arbeit bei weitem nicht abgeschlossen ist, sich im Gegenteil noch ausweitete. Die Gründe liegen in der Vielschichtigkeit der schwierigen Thematik. Sie lassen sich mit der Aufarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus vergleichen, die bis heute fortwirken. Auch auf diesem Gebiet erreichen die Landesbeauftragten immer wieder Anfragen.

Die Ausweitung der Arbeit betrifft örtlich sowohl den Bereich der alten Bundesländer, als auch das Land Brandenburg. Da es dort immer noch keine eigene Behörden gibt, muss die Beratungstätigkeit von den anderen Landesbeauftragten mit übernommen werden. Aber auch inhaltlich gibt es immer wieder neue Fragen im Zusammenhang mit der Machtsicherung in der DDR zu klären.

Die vorhandenen fünf Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme, die in Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitierung Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit stehen, geworden. Sie sind darüber hinaus wichtige Kooperationspartner der ehrenamtlichen Vereine, aber auch der mit dieser Thematik befassten Behörden des Bundes und der Länder sowie der Institutionen politischer Bildung. Im Zusammenhang mit bekannt gewordenen Plänen, die Behörde in Mecklenburg-Vorpommern umzustrukturieren und eventuell Teilbereiche auszugliedern, hat der bundesweite Protest von zahlreichen Einzelpersonen, Verbänden und Politikern gezeigt, dass sich die bisherige Verfahrensweise bewährt hat und nicht aufgegeben werden sollte.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich in der Regel monatlich an wechselnden Orten. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte, der Verabschiedung von Presseerklärungen und der Diskussion im Zusammenhang mit der Verwendung von MfS-Unterlagen. Hinzu kommt das Kennenlernen von ehrenamtlichen Initiativen und der Arbeit von Gedenkstätten vor Ort durch deren Besichtigung und das Gespräch mit den Mitarbeitern. Die Kontakte zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS und zur Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur werden regelmäßig gepflegt.

Im Berichtszeitraum stand die Diskussion über die Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes besonders bei Personen der Zeitgeschichte und Amtspersonen im Zusammenhang mit den gerichtlichen Auseinandersetzungen und der sich anschließenden **Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes** im Mittelpunkt. Eine gemeinsame Presseerklärung vom 27.3.2002 findet sich im Anhang. Die Landesbeauftragten von Sachsen und Sachsen-Anhalt beteiligten sich an dem Projekt „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler ...“ des Forum-Verlages, welches sich in verschiedenen Beiträgen mit unterschiedlichen Auffassungen zum Umgang mit den MfS-Unterlagen und der DDR-Vergangenheit auseinandersetzt. Ausgangspunkt war ein Artikel in der Leipziger Volkszeitung am 11. März 2002 nach einem Interview mit dem Bundeskanzler Gerhard Schröder unter der Überschrift: „Umgang mit DDR-Biographien. Kanzler will Ende der Einteilung in Täter und Opfer“ (Beitrag aus Sachsen-Anhalt im Anhang).

Ein weiterer Schwerpunkt ist der regelmäßige Erfahrungsaustausch über psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug. Darüber hinaus gaben die Landesbeauftragten gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein **„Gutachten zu gesundheitlichen Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR am Beispiel politischer Haft“** in Auftrag. Die Ergebnisse werden 2003 vorgestellt.

Gemeinsam planen und organisieren die Landesbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur den nächsten bundesweiten Kongress mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen 2003 in der Stadt **Brandenburg**. 2002 fand der Kongress in Leipzig statt und wurde vom Sächsischen Landesbeauftragten organisiert (Näheres s. unter Punkt 4.2.1).

Ein weiterer Schwerpunkt war im Berichtszeitraum ein gemeinsames Vorhaben zur Aufarbeitung der Geschichte der **Strafvollzugseinrichtung Cottbus**. Am 25.5.2002 wurde eine Besichtigung der inzwischen leerstehenden Gebäude mit ehemaligen Häftlingen organisiert. Zu dieser Veranstaltung wurde durch die Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt ein vorläufiges Informationsblatt zur Geschichte des Gefängnisses zusammengestellt

und vervielfältigt (s. Anhang). Im Anschluss an diese Veranstaltung bildete sich ein Arbeitskreis „Cottbus“, welcher das weitere Vorgehen berät. An ihm nimmt auch die Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt teil. Die Tagungen finden beim Berliner Landesbeauftragten statt. Im Ergebnis der Besprechungen fand am 6.11.2002 die Veranstaltung „Damit die Erinnerung nicht abreißt – Politische Haft in Cottbus 1945–1989“ in Cottbus statt. Zu diesem Abend mit Zeitzeugen waren sehr viele Interessierte in die Räume der Lausitzer Rundschau gekommen. Weitere gemeinsame Veranstaltungen werden im Jahr 2003 folgen. Die Überarbeitung des Informationsblattes und eine Ausstellung sind ebenfalls geplant.

## 2.5. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen ihrer Behörde in Magdeburg und Halle

Die Konferenz der Landesbeauftragten ist mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Gespräch, um aktuelle Themen im Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu beraten.

Die Anzahl der Erstanträge auf Akteneinsicht pro Monat hat sich im Berichtszeitraum von 595 (2001) auf 651 (2002) in Sachsen-Anhalt weiter erhöht. Insgesamt 380 Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge) wurden bei den externen Beratungstagen der Landesbeauftragten entgegengenommen und zur weiteren Bearbeitung an die Außenstellen der Bundesbeauftragten weitergeleitet. Hinzu kommen zahlreiche Anträge (Erstanträge und Wiederholungsanträge), die im Büro der Behörde in Magdeburg entgegen genommen und ebenfalls weitergeleitet wurden. Ihre Anzahl wurde aus Kapazitätsgründen nicht statistisch erfasst. Das Interesse an der Einsicht in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch in Unterlagen anderer Staatsorgane der DDR ist ungebrochen. Die langen Wartezeiten führen immer wieder zu Unverständnis und Unbehagen unter den Antragstellern. Eine grundlegende Abhilfe konnte hier bisher nicht geschaffen werden. Das betrifft auch den sich nur langsam verändernden Erschließungsstand. Auf keinen Fall darf die Qualität der Antragsbearbeitung (z. B. bei der Antragstellung Dritter oder bei Forschungsanträgen) unter einer Personalknappheit leiden. Der Bundesbeauftragten müssen dringend die notwendigen Mittel für ihre Arbeit seitens des Bundesministeriums des Innern zur Verfügung gestellt werden. Ihren Mitarbeitern in den Außenstellen Magdeburg und Halle sei an dieser Stelle gedankt.

Die Einrichtung von zwei Außenstellen mit den Archiven der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg hat sich bewährt. Kurze Wege, ständige Erreichbarkeit und Sachkenntnis der Geschichte vor Ort sind besonders für die persönliche Akteneinsicht, aber auch für Schüler- und Studentenprojekte von großer Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Machtmissbrauchs vor der eigenen Haustür fördert das Einüben de-

mokratischen Handelns. Auf beiden Gebieten haben die Außenstellen eine besondere Servicepflicht. Ihre Aufgabe ist es, anderen Stellen die bei ihnen vorhandenen Materialien im Rahmen des Stasi-Unterlagengesetzes so schnell und kooperativ wie möglich zur Verfügung zu stellen. Die Archive stellen eine wichtige und unverzichtbare Grundlage für die Aufarbeitung geschehenen Unrechts dar.

## Bearbeitung von Forschungsanträgen

Die Bearbeitung von Forschungsanträgen bedeutet eine umfangreiche Recherche und große Sachkenntnis über Zusammenhänge, Personen und Sachverhalte der einzelnen Regionen. Nach Inkrafttreten des novellierten Stasi-Unterlagengesetzes am 2.9.2002 ist die im Zusammenhang mit den gerichtlichen Auseinandersetzungen (Helmut Kohl ./ BStU) schon praktizierte Verfahrensweise der Benachrichtigung von Personen der Zeitgeschichte, Inhabern politischer Funktionen und Amtsträgern vor der Herausgabe der Unterlagen durch die Bundesbeauftragte gesetzlich festgelegt. Ihre Stellung zum MfS oder im Machtgefüge der DDR bleiben dabei weitgehend unberücksichtigt. Aus diesem Grund hatten sich die Landesbeauftragten von Sachsen und Sachsen-Anhalt im Vorfeld für eine Variante eingesetzt, die letzteres berücksichtigt. Der Vorschlag fand aus unterschiedlichen Gründen keine Mehrheit. Insgesamt bringt das jetzige Vorgehen einen Mehraufwand für die Behörde der Bundesbeauftragten und für die Antragsteller längere Wartezeiten mit sich.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes von den Außenstellen Halle und Magdeburg mitgeteilt (Stand: 31.12.2002):

|   | <b>Außenstelle Halle</b>                                   | <b>Außenstelle Magdeburg</b>                                   |
|---|--|--|
| Umfang des Aktenbestandes                     | 7.950 lfm<br>(inklusive 362 lfm vorvernichteten Materials) | 9.726,5 lfm<br>(inklusive 2.000 lfm vorvernichteten Materials) |
| Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen: | 2.700 lfm<br>(100 % personenbezogen nutzbar)               | 2.307 lfm<br>(100 % personenbezogen nutzbar)                   |
| Unterlagen der Dienst-einheiten:              | 4.888 lfm<br>(zuzügl. 362 lfm vorvernichtet)               | 5.419,5 lfm<br>(zuzügl. 2.000 lfm vorvernichtet)               |
| Davon erschlossen:                            | 3.335 lfm (68 %)   | 4.130,2 lfm (76,2 %)   |
| Gesamterschließungsstand:                     | 76 %   | 66,2 %   |

|   |                       |                       |
|---|-----------------------|-----------------------|
| Gesamtzahl der Bürgeranträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992:              | 108.734               | 143.177               |
| - Anzahl der Anträge pro Jahr:  |                       |                       |
| 1992  | 37.496                | 42.955                |
| 1993  | 4.981                 | 5.262                 |
| 1994  | 7.554                 | 7.832                 |
| 1995  | 10.807                | 12.489                |
| 1996  | 8.225                 | 11.051                |
| 1997  | 7.853                 | 13.755                |
| 1998  | 6.775                 | 12.536                |
| 1999  | 8.341                 | 11.282                |
| 2000  | 6.515                 | 9.043                 |
| 2001  | 5.858                 | 8.401                 |
| 2002  | 4.330                 | 8.571                 |
| - Anzahl d. Abarbeitungen:  | 99.382                | 127.816               |
| - Abarbeitungsstand:  | Anträge von 1998/1999 | Anträge von 1998/1999 |
| Erstanträge v. Bürgern auf Akteneinsicht 2002 pro Monat (durchschnittlich):                     | 301                   | 350                   |
| Besucher am Tag der offenen Tür 2002:   | 298                   | 1.500                 |
| davon Erstanträge auf Akteneinsicht:  | 86                    | 470                   |
| Forschungsanträge (ges.):   | 245                   | 133                   |
| davon 2002:   | 25                    | 18                    |
| Anträge öffentl. Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren (ges.): |                       |                       |
| davon 2002:   | 16.753<br>603         | 14.976<br>933         |

\* lfm = laufende Meter

Zusätzlich teilte die Außenstelle Halle mit, dass 492 lfm (6 %) der Unterlagen sachlich erschlossen (über Findhilfsmittel zugriffsfähig) sind. Das Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Halle wurde bis Dezember 2002 von insgesamt 19.606 Personen besucht.

An den **Tagen der offenen Tür** der Außenstellen vom 15. bis 17.11.2002 in Magdeburg und am 24. und 25.9.2002 in Halle beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und einem Beratungsangebot.

## 2.6. Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten

Der Beirat bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berät deren Behörde bei der Durchsetzung des Stasi-Unterlagengesetzes. Das Land Sachsen-Anhalt ist durch zwei Vertreter in diesem Beirat vertreten. Die Landesbeauftragte führt mit den Beiratsmitgliedern und den Leitern der Außenstellen der Bundesbeauftragten regelmäßig Besprechungen durch. Im Berichtszeitraum kam es aus Zeitgründen nur zu einer Zusammenkunft. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der gerichtlichen Auseinandersetzung um das Stasi-Unterlagengesetz.

## 2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt

Einrichtungen der politischen Bildung haben sich in Sachsen-Anhalt 1996 zum Arbeitskreis „Aufarbeitung“ zusammengefunden, nachdem einzelne Partner auch schon vor diesem Zeitpunkt zusammengearbeitet haben. Die Geschäftsstelle war bis zum 31.12.2001 bei der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet. Mit dem 1.1.2002 wechselte sie zur Landeszentrale für politische Bildung. Die Landeszentrale berichtet zu stattgefundenen Beratungen und gemeinsamen Vorhaben des Arbeitskreises wie folgt:

*Der Arbeitskreis „Aufarbeitung“ besteht aus folgenden Einrichtungen:*

- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
- Landeszentrale für politische Bildung
- Kultusministerium Sachsen-Anhalt
- Regierungspräsidium Magdeburg mit den Gedenkstätten in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt:
  - Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg
  - Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge
  - Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)
  - Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945–1989
  - Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Politische Stiftungen in Sachsen-Anhalt
  - Friedrich-Ebert-Stiftung
  - Friedrich-Naumann-Stiftung
  - Konrad-Adenauer-Stiftung
  - Heinrich-Böll-Stiftung

- Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle und Magdeburg
- Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

*Ziel ist es, den Austausch von Institutionen der politischen Bildung über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt zu fördern. Es werden grundsätzlich Diskussionen über Formen und Möglichkeiten der Aufarbeitung geführt sowie Erfahrungen im Umgang mit den verschiedenen Zielgruppen ausgetauscht, Termine abgestimmt und gemeinsame Veranstaltungen geplant.*

*Die Geschäftsstelle ist seit dem Januar 2002 bei der Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet.*

*Der Arbeitskreis traf sich fünfmal im Berichtszeitraum. Der Beratungen fanden statt: am 12.3.2002 sowie am 28.10.2002 in der Konrad-Adenauer-Stiftung (Wendgraben), am 14.5.2002 in der BStU, Außenstelle Magdeburg, am 7.8.2002 und am 16.12.2002 in der Landeszentrale für politische Bildung.*

*Themen der Beratungen waren u. a.*

- Auswirkungen des Gerichtsurteils Kohl ./ BStU
- Stellenwert der politischen Bildung in der Gedenkstättenarbeit und des Arbeitskreis „Aufarbeitung“ in der neuen Landesregierung
- 50 Jahrestag des Aufstandes am 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt.
- Broschüre „Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken“

*Entsprechend dem Beschluss des Arbeitskreises, in 2002 eine überarbeitete Fassung der Broschüre „Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken“ zusammenzustellen, wurde die Redaktionsgruppe „Gedenkstättenbroschüre“ gebildet, die für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung der Neuauflage zuständig ist. Die Broschüre steht kurz vor der Fertigstellung und wird im II. Quartal 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt.*

*Seit 2002 geben die Landeszentrale für politische Bildung und das Regierungspräsidium Magdeburg einen Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt heraus, in der über die Arbeit und Informationen über aktuelle Ereignisse der Gedenkstättenarbeit und darüber hinaus in Sachsen-Anhalt berichtet wird.*

*Beide Broschüren werden kostenlos abgegeben.*

Die Landesbeauftragte engagierte sich in der Redaktionsgruppe zur Überarbeitung der Broschüre „Denken, Nach-Denken, Voraus-Denken“.

### 3. Forschung

Wie im vergangenen Berichtszeitraum haben sich wieder besonders Schüler und Studenten, aber auch einzelne interessierte Personen und Vertreter der Presse mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsanträgen an die Behörde gewandt. Sie kamen aus dem gesamten Bundesgebiet und wurden bei der Recherche zu ihren Vorhaben unterstützt. Verfahrensfragen, Literaturrecherchen und fachliche Hinweise stehen im Mittelpunkt der Gespräche. Ein Forschungsvorhaben zum Zuchthaus Brandenburg konnte besonders durch die Vermittlung von Zeitzeugen aus Sachsen-Anhalt unterstützt werden.

Hinweise auf die Möglichkeiten weiterer Archive sind ebenfalls Bestandteil der Beratung. Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt werden u. a. Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt bis 1952, der ehemaligen Räte der Bezirke Halle und Magdeburg, der Polizeibehörden sowie die SED-Unterlagen aufbewahrt. Sie geben ebenfalls Hinweise über politische Verfolgung in der SBZ/DDR und können in vielen Fällen die Unterlagen des MfS für die Betroffenen ergänzen.

Die folgende Übersicht zeigt die Antragszahlen, sowie den Stand der Abarbeitung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt.

Anzahl der 2002 eingegangenen Anfragen:

| Grund der Akteneinsicht                              | Abt. Magdeburg | Abt. Merseburg | Abt. Dessau (Bestände der Jahre 1945–1952) | Gesamt |
|--|----------------|----------------|--|--------|
| Bürgeranfragen – Rehabilitation                      | 112            | 86             | 2  | 200    |
| Bürgeranfragen – Forschung                           | 80             | 30             | 1  | 111    |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation | 609            | 256            | 35   | 900    |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung      | 55             | 26             | 3  | 84     |

Anzahl der 2002 bearbeiteten Anfragen (einschließlich der bearbeiteten Eingänge aus den Vorjahren):

| Grund der Akteneinsicht                              | Abt. Magdeburg | Abt. Merseburg | Abt. Dessau | Gesamt |
|--|----------------|----------------|-------------|--------|
| Bürgeranfragen – Rehabilitation                      | 115            | 78             | 2           | 195    |
| Bürgeranfragen – Forschung                           | 69             | 30             | 1           | 100    |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation | 537            | 219            | 35          | 791    |
| Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung      | 66             | 26             | 3           | 95     |

Anm.: Unter dem Begriff „Rehabilitation“ wurden Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Ermittlungsverfahren zusammengefasst.

Die Anzahl der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und von öffentlichen Einrichtungen zu Zwecken der Rehabilitation ist gleichbleibend hoch. Ihre Bearbeitung erfordert ein hohes Maß an Sorgfalt und ist auf Grund der schwierigen Thematik mit hohem Rechercheaufwand verbunden. Mit der Abarbeitung von 1.181 (2001: 1.030) Anfragen im Bereich der Rehabilitation leisteten die Mitarbeiter der Archive einen wichtigen Beitrag zur Entschädigung der Verfolgten des SED-Regimes. Hierfür und für die Bearbeitung der Forschungsanträge in diesem Bereich sei ihnen an dieser Stelle gedankt.

Die Aufbewahrung der Archivbestände im **Landesarchiv Sachsen-Anhalt** ist neben der Sicherung relevanter Bestände in den **kommunalen Archiven** unverzichtbar für eine persönliche und historische Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte. Gleiches gilt für die **Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt**, welche in der JVA Halle eingerichtet ist. Dort werden die Haftakten aus dem gesamten Land zusammengeführt. Diese Stelle steht auch für Fragen der Rehabilitation und Beschaffung schriftlicher Nachweise zur Verfügung und ist gleichfalls unverzichtbar. Sie bildet ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Aufarbeitung. Im Jahr 2002 wurden 526 Anfragen bearbeitet. Den Mitarbeitern sei hierfür ebenso gedankt wie für die Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsvorhaben in diesem Bereich.

#### Eigene Forschungsvorhaben

Unterstützt durch externe Mitarbeiter wurden im vergangenen Berichtszeitraum die Forschungsvorhaben zum **Jugendstrafvollzug** in der DDR (Jugendhäuser Dessau und Halle) abgeschlossen. Die große Nachfrage nach

den Broschüren machte das Interesse unter ehemaligen Häftlingen und Angehörigen des Strafvollzuges deutlich. Darüber hinaus wurden Recherchen zu den (menschenunwürdigen) **Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen im Chemieskombinat Bitterfeld** in Auftrag gegeben und Zeitzeugenberichte zusammengestellt. Die Ergebnisse werden 2003 vorgelegt.

In Vorbereitung des 50. Jahrestages der Gründung der Studentengemeinde Magdeburg 2004 wurde ein Forschungsvorhaben zum Thema „Die **Studentengemeinde Magdeburg** und das MfS“ begonnen. In dieses Vorhaben werden in Zusammenarbeit mit der Studentengemeinde Magdeburg zahlreiche Zeitzeugen einbezogen.

In Vorbereitung des 50. Jahrestages des **17. Juni 1953** wurden alle Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt mit der Bitte angeschrieben, eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse zu unterstützen, indem sie über die damaligen Vorgänge und heutigen Erinnerungsmöglichkeiten in ihrem Bereich berichten. Das Gebiet Sachsen-Anhalts gehörte zu den Zentren des Volksaufstandes. Ca. 25 % der angeschriebenen Verwaltungsgemeinschaften konnten Hinweise geben. Allen, die geantwortet haben, sei an dieser Stelle gedankt. Im Verlauf des Jahres 2002 haben sich darüber hinaus zahlreiche Zeitzeugen gemeldet. Im Ergebnis werden 2003 zwei Broschüren in der Reihe „Sachbeiträge“ zu Ereignissen um den 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt erscheinen. Die Rechercheergebnisse werden auch für das Internetprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung und des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam zur Verfügung gestellt: [www.17juni53.de](http://www.17juni53.de).

Zusätzlich wurde durch die Landesbeauftragte ein Schülerwettbewerb zum 17. Juni 1953 unterstützt, welcher vom Landratsamt Bitterfeld in Zusammenarbeit mit dem Wilhelm-Fraenger-Institut Berlin initiiert wurde. Gleiches gilt für die in Bitterfeld geplante Ausstellung im dortigen Metall-Labor. Hier arbeitet die Landesbeauftragte zusätzlich im Kuratorium der Ausstellung mit. Weitere Angaben zu den Projekten erfolgen im Tätigkeitsbericht 2004.

#### 4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und besonders auch über deren Folgen in Sachsen-Anhalt zu informieren. Diese Pflicht zur Information schließt auch die „Partner des operativen Zusammenwirkens“ auf Bezirks- und Kreisebene (z. B. Rat des Bezirkes, BDVP, Wehrbezirkskommando, SED-Bezirksleitung, FDJ, FDGB etc.) ein.

Die Behörde der Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich allerdings nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten, andere Bildungseinrichtungen, aber auch interessierte Jugendliche und Erwachsene an diesen Themen weiterarbeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde besteht in der Herausgabe von Informationsmaterialien, der Durchführung von Veranstaltungen, der Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek und der Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen.

#### 4.1. Broschüren

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ hat sich bewährt und wurde aus diesem Grund beibehalten.

Den Autoren gebührt ein großer Dank an dieser Stelle, da sie sich mit großem Engagement und häufig ehrenamtlich der Zusammenstellung des Materials widmen.

Zunächst werden die Broschüren dem Landtag, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt und den mit der Thematik befassten Bereichen des Landes, wie z. B. Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Rehabilitierungsbehörden und Häftlingsverbänden zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden zahlreiche interessierte Einzelpersonen, Multiplikatoren und Bibliotheken in den Verteiler für die Neuerscheinungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere bundesweit Bibliotheken aus dem ministeriellen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich. Im Berichtszeitraum beträgt der Kreis der regelmäßigen Bezieher 352 (zum Vergleich: 47 im März 1997).

Die Broschüren der Behörde haben damit einen festen Platz in der politischen Bildung. Sie werden auch im Schulunterricht von einzelnen Lehrern verwendet.

Vergriffene Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt oder sehr häufig auch kopiert, da nicht alle Interessenten über einen Internetzugang verfügen.

Die Auflagenhöhe bewegte sich jeweils zwischen 1.000 und 1.500 Exemplaren.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

#### Reihe Betroffene erinnern sich

Der Titel dieser Reihe trägt dem Umstand Rechnung, dass hier Menschen ihre persönlichen Schicksale und vor allen Dingen ihre Sichtweise schildern. Diese Möglichkeit trägt zum Verständnis der Opfer des SED-Regimes durch die Öffentlichkeit bei. Den Verfassern helfen das Aufschreiben und vor allen Dingen auch die ausführlichen Gespräche bei der Zusammenstellung der Materialien häufig, mit dem Erlebten fertig zu werden.

Nr. 15 „Petersberg-Wallfahrt am 17. Juni 1973. Katholische Jugendarbeit im Visier von SED und MfS“ (Autor: Aloys Funke; Auflage: 1.200)

Die alljährlich stattfindende katholische Jugendwallfahrt am Dreifaltigkeitstag fiel im Jahre 1973 auf den 17. Juni. Sie sollte zum Petersberg bei Halle und der dort gelegenen Kirche gehen und wurde in diesem Jahr von staatlicher Seite besonders misstrauisch beobachtet. Das Programm widmete sich den alltäglichen Problemen der Jugendlichen enthielt damit zwangsläufig politische Aussagen. Der Autor beschreibt, welche Probleme daraus mit den Staatsorganen und der von diesen zur Maßregelung der Verantwortlichen aufgeführten Kirchenleitung entstanden.

Nr. 16 „Der missglückte Versuch, aus mir einen brauchbaren Menschen zu formen“

(Autoren: Stefan Sauer / Cordt Schwäkendiek; Auflage: 1.200)

Diese Broschüre schildert den Lebensweg eines jungen Menschen, der sich 1980 zur Flucht aus der DDR entschließt, dabei in der Tschechoslowakei gefasst und in der DDR inhaftiert wird. Unter menschenverachtenden Zuständen musste er im Chemiekombinat Bitterfeld (Bereich: Chlorgas) arbeiten. Nach der Haftentlassung stellt er einen Antrag auf Ausreise aus der DDR, engagiert sich in Leipzig und wird Mitte der 80er Jahre erneut wegen des Vorwurfs der Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit verurteilt. Aus dieser Haft wurde er von der Bundesrepublik freigekauft.

o. Nr. „Opferweg eines Fünfzehnjährigen durch die Lager des NKWD und der Stasi“

(Autor: Karl Heinz Reuter; Internetfassung)

Der Leidensweg des Autors führte ab 1945 vom Speziallager Sachsenhausen über das „U-Boot“ in Berlin-Hohenschönhausen in die Zuchthäuser von Bautzen und Brandenburg. Er schildert ausführlich die unmenschlichen Lebensbedingungen und die Schikanen des NKWD und MfS.

### Reihe „Sachbeiträge“

Die Reihe „Sachbeiträge“ informiert über die Arbeit der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und vor allen Dingen auch über ihre Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, wie der Polizei oder den Räten der Bezirke, Kreise und Städte.

Nr. 21 „Frohe Zukunft“ – Keiner kommt hier besser raus. Strafvollzug im Jugendhaus Halle

(Autor: Axel Reitel; Auflage: 1.500 – Die Auflage wurde zur Hälfte von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt finanziert.)

Der Jugendstrafvollzug der DDR ist bisher weitgehend ein Tabuthema geblieben. Gewalttätiger als im Erwachsenenvollzug ging es in den Jugendhäusern zu.

Erniedrigungen und Demütigungen waren an der Tagesordnung. Der Autor war selbst zweimal inhaftiert und hat für diese Broschüre Aktenrecherchen zum Jugendhaus Halle durchgeführt sowie ehemalige Häftlinge und Angestellte befragt.

Nr. 22 „Friede und Gerechtigkeit heute“. Das „Querfurter Papier“ – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR

(Herausgeber: Lothar Tautz; Auflage: 1.500 – Die Auflage wurde von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt finanziert.)

1977 unterzeichneten Mitglieder der evangelischen und katholischen Kirche in Querfurt ein Papier, das unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte und die Charta 77 mehr demokratische Rechte und Freizügigkeit in der DDR einforderte. 25 Jahre danach widmete sich eine Tagung diesem Thema. Die Publikation enthält die gehaltenen Redebeiträge sowie wichtige Dokumente.

Nr. 23 „Können Sie mir sagen, wie man Heimweh ausmerzt?“ – Lebenswege an der Grenze im Gebiet Wernigerode (Autor: Jochen Brinkmann; Auflage: 1.100)

Das Leben im Grenzgebiet war durch viele Einschränkungen belastet und besonders überwacht. Familien waren durch die Grenzziehung getrennt worden. Immer wieder versuchten Einzelne, die Grenze zu überwinden und setzten sich der Gefahr aus, durch Schüsse getroffen zu werden oder langjährige Haftstrafen verbüßen zu müssen. Der Autor beschreibt die Situation im Grenzgebiet anhand mehrerer Einzelschicksale.

Nr. 24 Die Sicht des MfS auf den Bergbau um Halle (Saale) (Autor: Horst Bringezu; Auflage: 1.000)

Die DDR war aufgrund der Rohstoffknappheit darauf angewiesen, Bergbau auch unter ungünstigsten Umständen zu betreiben. Die Bezirksverwaltung Halle des MfS untersuchte die deshalb häufig auftretenden Produktionsmängel und Havarien. Der Autor schildert den Blick des MfS und anderer Einrichtungen auf die Hintergründe der Mängel. Besonders widmet er sich einer Störung, die 1988 im Teutschenthaler Gebiet auftrat.

Nr. 25 „Auf Weisung des Ministers ...“. Die Berichterstattung der Martin-Luther-Universität Halle zur politisch-ideologischen Situation 1959–1989

(Autoren: Heinrich Blobner / Dieter Knötzsch; Auflage: 1.000)

Die Hochschulen der DDR mussten auf Weisung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen regelmäßig Bericht über die politische Stimmung unter den Mitarbeitern und Studenten erstatten. Sie sind dieser Aufforderung über mehr als drei Jahrzehnte von 1955 bis Oktober 1989 gefolgt. Es wurde u. a. über „Besondere Vorkommnisse“, den Ausfall der Heizung bis zur Republikflucht, den Unfalltod einer Studentin bis zur Auflösung einer Beatband und über „gegnerischen Aktivitäten“ berichtet.

Nr. 26 „Der Weg ins Leben“ – DDR-Strafvollzug im Jugendhaus Dessau (Autor: Maud Rescheleit, Stefan Krippendorf; Auflage 1.200)

Die Broschüre gibt einen Überblick über den Strafvollzug im Jugendhaus Dessau unter besonderer Berücksichtigung der Schilderung des „Selbsterziehungssystems“. Zeitzeugenberichte, MfS-Akten und Publikationen zum Jugendstrafvollzug in der DDR wurden einbezogen. Zitat eines ehemaligen Häftlings: „Dann kam ich nach Dessau, was für mich die Hölle war.“

### Informationen der Behörde

8. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1.500)

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR -Region Magdeburg-Anregungen für den Schulunterricht

(gemeinsam herausgegeben mit der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)

Interessierten Lehrern werden hiermit umfangreiche Informationen zu Struktur und Wirkungsweise des MfS im Raum Magdeburg zur Verfügung gestellt. Die Themenauswahl entstand unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer Befragung von 100 Jugendlichen (siehe 8. Tätigkeitsbericht 2002). Die enthaltenen „Bausteine“ können z. B. in den Fächern Geschichte, Deutsch, Sozialkunde eingesetzt werden.

## 4.2. Veranstaltungen

### 4.2.1. „Erfahrungen weitergeben. Zeugen politischer Verfolgung als Mittler demokratischer Werte“

Unter diesem Thema fand vom 31. Mai bis 2. Juni 2002 in Leipzig die sechste gemeinsame bundesweite Veranstaltung aller Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, diesmal in Zusammenarbeit mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, statt. An der Veranstaltung nahmen Gäste aus Weißrussland, der Ukraine und Polen teil. Die Tagung wurde diesmal von der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten vorbereitet und organisiert. Die knapp 200 Teilnehmer informierten sich über die Projekte



Informationstisch der LStU Sachsen-Anhalt (Fotos: S. Giersch, Dresden)



Plenum

zur Aufarbeitung von kommunistischem Unrecht in Leipzig und Torgau. Bestandteil der Tagung waren Führungen durch die Ausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums, die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ und das Archiv Bürgerbewegung. In Torgau fand am Fort Zinna eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung statt. Ein Besuch der JVA Torgau und des Dokumentations- und Informationszentrums Torgau wurden ermöglicht.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Diskussion über Möglichkeiten der Weitergabe von Erfahrungen politischer Verfolgung an jüngere Generationen. Wie in jedem Jahr wurden auch die Möglichkeiten und Grenzen von Entschädigung und Wiedergutmachung diskutiert.

Nähere Informationen sind dem Tagungsband zu entnehmen, der in der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten zusammengestellt wurde und kostenlos erhältlich ist. Der 7. Kongress wird vom 23. bis 25. Mai 2003 in Brandenburg stattfinden. Da es im Land Brandenburg keinen Landesbeauftragten gibt, werden die anderen Landesbeauftragten und Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Tagung gemeinsam organisieren.



#### 4.2.2. „So nah und doch so fern. Zum Umgang mit der Geschichte der alten Bundesrepublik“

Tagung zur Lehrerfortbildung am 25./26. Oktober 2002

Seit 1996 führt unsere Behörde gemeinsam mit dem Kultusministerium und dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA) jährlich eine gemeinsame Tagung für Lehrkräfte aller Fächer und Schulformen mit dem Schwerpunkt „DDR-Geschichte“ durch. Vom 25. bis 26. Oktober 2002 fand die Veranstaltung unter dem Titel „So nah und doch so fern. Zum Umgang mit der Geschichte der alten Bundesrepublik“ in Halberstadt statt. Es nahmen ca. 70 Lehrer teil. Die Kurserfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass trotz eines angestrebten deutsch-deutschen Betrachtungsansatzes die Geschichte der ehemaligen DDR in ihrer Darstellung, Diskussion und schulbezogenen Aufarbeitung dominierte, die Geschichte der alten Bundesrepublik letztlich unterrepräsentiert war. Immer noch sind viele Erinnerungen durch die DDR-Propaganda, Westfernsehen und Westpakete vorherrschend geprägt. Anliegen des Kurses war es deshalb, ausgewählte Aspekte der bundesrepublikanischen Geschichte bis 1990 zu beleuchten und über differenzierte Möglichkeiten der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit diesen nachzudenken.



Plenum (Fotos: Christoph Koch)



Lesung „Don't worry, be happy“ mit Lothar Tautz und Annette Hildebrandt



Mundloch zum Stollensystem



Der Kurs begann mit einem Besuch in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge und im Stollensystem. Hier befand sich ab 1944 eine Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald. Die Häftlinge mussten Stollen in den Berg treiben, damit dort später die Rüstungsproduktion untergebracht werden konnte. Von der DDR wurde die Untertageanlage als Bunker für die Nationale Volksarmee genutzt. Vorträge informierten über Weichenstellungen in der Geschichte der alten Bundesrepublik sowie über die 68er Bewegung und ihre Folgen. Der Film „Der Mann auf der Mauer“ thematisierte die deutsche Teilung.

Im Stollen

#### Arbeitshilfe für den Unterricht

Gemeinsam mit der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt wurde im Berichtszeitraum Material zur Arbeit des MfS in der Region Magdeburg zusammengestellt. Unter dem Titel „Das Ministerium für Staatssicherheit, Region Magdeburg. Anregungen für den Schulunterricht“ wurde es im Frühjahr 2003 gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt herausgegeben und kann bei der Landesbeauftragten abgefordert werden. Neben einer Information über die Entwicklung der Bezirksverwaltung Magdeburg enthält es Vorschläge für fünf Unterrichtssequenzen mit zahlreichen Dokumenten, Zeitzeugenberichten und methodischen Hinweisen. Die Bausteine können fächer- und altersgruppenübergreifend eingesetzt werden.

Die Landesbeauftragte reagierte zusätzlich mit einem kritischen Leserbrief in der „Volksstimme“ auf einen Beitrag, welcher dort unter der Überschrift „Im Staatsbürgerkunde-Unterricht konnte offen über alles gesprochen werden“ erschienen war. (Anhang)

#### Exkurs zur Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Auf Anfrage teilte das Landesinstitut für Lehrerfortbildung mit, dass neben der gemeinsamen Tagung mit der Landesbeauftragten vom 20. bis 22. November 2002 eine weitere Veranstaltung unter dem Thema „Der

17. Juni 1953 als Gegenstand politisch-historischer Spurensuche“ in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Körber-Stiftung und der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung die DDR-Vergangenheit thematisiert hat. Für diese Veranstaltung stellte die Landesbeauftragte Material zur Verfügung und vermittelte Zeitzeugen.

#### 4.2.3. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 17.1.2002 „Roter Stern über Deutschland“. Sowjetische Truppen in der DDR  
Vorträge von Ilko-Sascha Kowalczyk und Stefan Wolle  
Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt im Dokumentationszentrum Magdeburg
- 7.2.2002 „Die Andere Zeitung“ Broschürenvorstellung mit dem Autor Th. Etienne in Magdeburg  
Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt im Dokumentationszentrum Magdeburg
- 26./27.4.2002 „Frieden und Gerechtigkeit heute“ – 25 Jahre Querfurter Papier



Gemeinsame Tagung mit der Landeszentrale für politische Bildung in Querfurt

Während dieser Tagung wurde mit dem Projekt „**Orte der Zivilcourage**“ begonnen und der erste Ort am katholischen Pfarrhaus in Querfurt mit einer Tafel markiert. Mit diesem Projekt soll an Menschen (und Ereignisse) erinnert werden, die sich für Demokratie und Menschenrechte in der Zeit von 1945 bis 1989 eingesetzt haben. Träger des Projektes sind die Landeszentrale für politische Bildung, der Verein „Gegen Vergessen, für Demokratie“ und die Landesbeauftragte.

- 20.–22.5.2002 Halle-Forum  
 „Das Ende der sowjetischen Besatzung im ‚Roten Ochsen‘ vor 50 Jahren – Zur Sowjetisierung der Rechtsprechung in der SBZ/DDR“  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung und des Instituts für Zeitgeschichte München (Außenstelle Berlin)
- 25.5.2002 Besichtigung der JVA Cottbus mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen  
 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten (Erarbeitung eines Informationsblattes durch die Behörde der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt, s. Anhang)



Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt (Foto: Christoph Koch)

- 6.9.2002 „Zwischen Strafverfolgung und Vertuschung – das MfS und die Akten über die NS-„Euthanasie““  
 Gemeinsamer Workshop mit der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg in Bernburg
- 11.9.2002 „Sprechen als Last und Befreiung“ Vortrag von Prof. F. Boll in Gräfenhainichen  
 Gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- 23.10.2002 „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“  
 Film und Vortrag mit Ulrich Schacht in Halle  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz
- 24.10.2002 „Verrat. Die Welt hat sich gedreht“  
 Film und Vortrag mit Ulrich Schacht in Magdeburg  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz
- 29.10.2002 „Frohe Zukunft“ – Keiner kommt hier besser raus  
 Broschürenvorstellung mit Axel Reitel in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte und der Landeszentrale für politische Bildung
- 5.11.2002 „Todesautomatik“. Der Tod des Michael Gartenschläger  
 Vortrag mit Lothar Lienicke und Franz Bludau in Magdeburg (Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees)  
 Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt
- 6.11.2002 „Damit die Erinnerung nicht abreißt ...“. Politische Haft in Cottbus 1945–1989  
 Informationsveranstaltung aller Landesbeauftragten in Zusammenarbeit mit der Lausitzer Rundschau mit Zeitzeugen
- 8.11.2002 „Friede und Gerechtigkeit heute. Das ‚Querfurter Papier‘ – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR“  
 Broschürenvorstellung mit dem Herausgeber Lothar Tautz und einigen Autoren  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Landeszentrale für politische Bildung
- 17.11.2002 „Don't worry, be happy“  
 Lesung mit Lothar Tautz und Annette Hildebrandt  
 Gemeinsame Veranstaltung mit der Außenstelle Magdeburg der BStU
- 19.11.2002 „Sprechen als Last und Befreiung“ Vortrag von Prof. F. Boll in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle  
 Gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 19.11.2002 „Sprechen als Last und Befreiung“ Vortrag von Prof. F. Boll in der Moses-Mendelsohn-Akademie Halberstadt  
 Gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 19.11.2002 „Sprechen als Last und Befreiung“ Vortrag von Prof. F. Boll in der Katharinenkirche Stendal  
 Gefördert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

# „Sprechen als Last und Befreiung“

Lesung über politisch Verfolgte während Hitler-Zeit und DDR: Gäste zeigten sich betroffen

Schreckliche Erlebnisse lasten seit Jahrzehnten auf politisch Verfolgten und Holocaust-Überlebenden. Doch die Aufarbeitung begann erst mit dem zunehmenden öffentlichen Interesse Anfang der 80er-Jahre. Einer, der sich damit beschäftigt hat, ist Prof. Dr. Friedrich Boll.

Von **TOM NEUMANN**



**Simon Jakob Drees umrahmte die Veranstaltung mit seiner Violine.**

**STENDAL.** „Politische Opfer bei der deutschen Diktaturen haben ebenso wie Holocaust-Überlebende oft jahrzehntelang über ihre Leiden geschwiegen oder schweigen müssen“, sagte Buchautor Prof. Dr. Friedrich Boll in seiner Einführung am späten Mittwochsabend. Anlässlich einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Sprechen als Last und Befreiung“ lud Edda Ahrberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Interessierte zu einem Lesekonzert in das Musikforum Katharinenkirche Stendal ein.

Prof. Dr. Friedrich Boll, der unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Sozialgeschichte in Bonn tätig ist, stellt in Diktaturen



**Prof. Dr. Friedrich Boll zog mit seiner Lesung die Gäste in seinen Bann und verdeutlichte an Beispielen die Leidensgeschichte der Opfer.** Fotos (2): dia

Altmark-Zeitung / Stendaler Nachrichten vom 22.11.2002

- 21./22.11.2002 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug
- 11.12.2002 „Können Sie mir sagen, wie man Heimweh ausmerzt?“ Broschürevorstellung mit Jochen Brinkmann in Wernigerode



Foto: Christoph Koch

- 14.–16.12.2002 „Die Aufarbeitung von SED-Unrecht aus der Perspektive der Betroffenen – ein Erfahrungsaustausch über Beratung und Betreuung ehemaliger politischer Häftlinge“ Gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz, der Konrad-Adenauer-Stiftung, des BSV und der VOS im Schloss Wendgräben

Über mehrere Veranstaltungen hinweg wurde gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Marienborn unter dem Thema „Umgang mit DDR-Repressierten“ ein Seminar für Gästeführer durchgeführt.

Zusätzlich wurden Vorträge der Landesbeauftragten zur Arbeit der Behörde und zu einzelnen Fragen der Aufarbeitung oder Grußworte in Sachsen-Anhalt auf verschiedenen Podiums- und Vortragsveranstaltungen gehalten:

am 18.4.2002 in Magdeburg (Kivanes), am 11.5.2002 während der langen Nacht der Museen im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt, am 29.5.2002 in der Außenstelle Halle der BStU (Expertengespräch zum § 32 des Stasi-Unterlagengesetzes), am 11.6.2002 in Potsdam in der „Arche“, am 25.6.2002 in Berlin (Buchvorstellung „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler“), am 12.9.2002 in Quedlinburg (Landkreisamt), am 14.11.2002 in Magdeburg (LSVD e. V.), am 11.2.2003 in Potsdam in der „Arche“.

Am 26.9.2002 beteiligte sich die Behörde der Landesbeauftragten mit einem Informationsangebot an der Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung „Don't worry, be happy“ (Lesekonzert) in Burg.

#### 4.3. Faltblätter

Die Faltblätter mit den Anschriften von Vereinen und Behörden müssen auf Grund sich ändernder Anschriften und Sachverhalte ständig aktualisiert werden. Um zu vermeiden, dass ungültig gewordene Exemplare wegge-  
worfen werden müssen, werden diese und das Publikationsverzeichnis in der Behörde als Kopie erstellt. Die anderen Ausgaben liegen gedruckt vor. Erhältlich sind folgende Faltblätter:

- Gedenkstätten, Vereine und Behörden zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt
- Aufgaben und Angebote der Behörde
- Bibliothek in der Behörde der Landesbeauftragten
- Publikationsverzeichnis
- Fristverlängerung bei den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Beratungsinitiative 2003 – finanziert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)
- Mit 16 im „Roten Ochsen“ – Wolfgang Hünnerbein 1970: Der Schüler W. Hünnerbein wurde mit 16 Jahren wegen der Herstellung von Flugblättern verhaftet. Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft im „Roten Ochsen“ musste er zehn Monate im Jugendwerkhof Dessau und in der JVA Raßnitz verbringen. (Dezember 2000, Auflage: 1.000)
- 5 Faltblätter wurden in der Reihe „Inhaftiert im ‚Roten Ochsen‘“ gemeinsam mit der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle/Saale herausgegeben. Dabei lag die Redaktion bei der Gedenkstätte, das Layout wurde von der Behörde der LStU erstellt. Die Finanzierung wurde mit Ausnahme des Faltblatts über Johanna v. Saal vom Regierungspräsidium Magdeburg übernommen.

- Johanna v. Saal 1950: Frau von Saal wurde wegen ihrer kritischen Haltung zu den Volkswahlen in der DDR inhaftiert. Von einem Sowjetischen Militärtribunal wurde sie auf Grundlage von Denunziationsberichten wegen angeblicher Spionagetätigkeit zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im „Roten Ochsen“ und später in Waldheim war sie furchtbaren Haftbedingungen ausgesetzt. Im Januar 1954 wurde sie entlassen. (Mai 2002, Auflage: 2.000)
- Brigitte Bielke 1988: Frau Bielke wurde wegen ihres Ausreiseantrags vom MfS inhaftiert und zu 3 Jahren Haft verurteilt. Nach insgesamt 9 Monaten Haft konnte sie in die Bundesrepublik ausreisen. (Juni 2002, Auflage: 1.000)
- Johannes Hamel 1953: Als mutiger Studentenpfarrer sollte Herr Hamel eingeschüchtert werden. Er wurde im Rahmen der Kampagne gegen die Jungen Gemeinden inhaftiert und im Juli 1953 auf Anweisung Mielkes wieder entlassen. (Juni 2002, Auflage: 1.000)
- Horst Hennig 1950: Dr. Horst Hennig, damals Student an der Universität zu Halle, setzte sich gegen undemokratische Verfahrensweisen bei den Wahlen zum Studentenrat ein. Dafür wurde verhaftet und nach Workuta deportiert, von wo er 5 Jahre später entlassen wurde. (Dezember 2002, Auflage: 1.000)
- Wolfgang Stiehl 1953: Herr Stiehl, damals Student an der ABF, wurde wegen Besitz der Westberliner Satirezeitschrift „Tarantel“ verhaftet und nach 3 Jahren Haft entlassen. (Dezember 2002, Auflage: 1.000)

#### 4.4. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Multiplikatoren, Einrichtungen der politischen Bildung und mit dem Thema befasste Behörden versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit totalitärer Herrschaft und den Folgen für die Einzelnen beschäftigen sowie Hinweise auf Ausstellungen und Neuerscheinungen. Er ist nach wie vor das einzige Informationsblatt dieser Art, welches regelmäßig in Sachsen-Anhalt erscheint. Die Anzahl der Empfänger liegt derzeit bei 272 (Auflage: 572 durch Auslage in Einrichtungen der politischen Bildung).

Die Website der Landesbeauftragten enthält eine ständig aktualisierte Fassung.

#### 4.5. Bibliothek

Zusätzlich zum Gebrauch durch die Mitarbeiter der Behörde wurde die Bibliothek im Berichtszeitraum (1. Januar–31. Dezember 2002) von 30 Nutzern in Anspruch genommen. Dabei kam es zu 68 Entleihungen.

In 16 Fällen wurden auf Anfrage Literatur-Recherchen zu Büchern und Zeitschriftenartikeln zu verschiedenen Themen ausgeführt.

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Der Bestand an Büchern umfasste Mitte Januar 2003 genau 2.141 Titel. Davon sind 709 Titel in mehreren (meist 2) Exemplaren vorhanden.

Der Bestand ist in folgende Rubriken unterteilt:

DDR allg. – MfS – Politische Justiz / Haft in der SBZ/DDR – Kultur – Kirche – Bundesrepublik Deutschland (bis 1990) – Deutsche Teilung – „Wende“ – Vereinigtes Deutschland – Osteuropa – Nationalsozialismus – Veröffentlichungen der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten – Untersuchungsausschüsse – Gesetze – Sonstiges – DDR-Original-Literatur (u. a. Gesetzessammlungen sowie Zeitschrift „Neue Justiz“).

Dazu kommen 41 Faltblätter, 33 Videos, 18 Audio-CDs, 1 Audiocassette und 15 Multimedia-CD-ROMs, sowie mehrere Cassetten mit selbstaufgezeichneten Fernseh- bzw. Hörfunkbeiträgen (letztere nur zum Eigengebrauch).

Von 64 verschiedenen Zeitschriften befinden sich Exemplare im Bestand. 17 Zeitschriften werden regelmäßig bezogen (u. a. „Deutschland-Archiv“ (Bestand fast vollständig ab 1978), „Freiheitsglocke“, „Gerbergasse 18“, „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“, „Horch und Guck“, „Justizministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt“, „Neue Justiz“, „Der Stacheldraht“, „Politische Zeitschrift“, „Rundbrief der Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e. V. (GEP)“, „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“). Datenbanken mit den Inhaltsverzeichnissen einiger der genannten Periodika gestatten eine schnelle Recherche.

Der BStU-Pressespiegel wird seit September 1994 archiviert. Mit Hilfe einer Datenbank ist hier ebenfalls eine schnelle Recherche über die Inhaltsverzeichnisse möglich.

Öffnungszeiten der Bibliothek:

|        |                 |
|--------|-----------------|
| Mo     | 11.00–15.30 Uhr |
| Di     | 9.00–18.00 Uhr  |
| Mi, Do | 9.00–15.30 Uhr  |
| Fr     | 9.00–13.00 Uhr  |

#### 4.6. Internet

Das seit Ende 1998 bestehende Internetangebot der Landesbeauftragten wurde ausgebaut.

Die Internet-Adresse lautet:

<http://www.landesbeauftragte.de>

Über e-mail ist die Behörde unter der Adresse [info@landesbeauftragte.de](mailto:info@landesbeauftragte.de) zu erreichen.

Um die Download-Verfügbarkeit der als PDF-Dokumente erhältlichen vergriffenen Broschüren zu gewährleisten, wurden der angemietete Speicherplatz im Juni 2002 auf 100 MB erweitert.

Im Laufe des Jahres wurden sämtliche bisher erschienenen Broschüren zum Download bereit gestellt. Gegenwärtig sind somit 51 Broschüren und sonstige Dokumente zum Abruf verfügbar. Daraufhin hat sich das Transfervolumen der Zugriffe mehr als verdoppelt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Zugriffe auf Broschüren-Teile (Broschüren bestehen in der Download-Version aus ein bis drei Teilen):

| Monat             | Zugriffe | Transfervolumen in Kilobyte |
|-------------------|----------|-----------------------------|
| Januar 2002       | 80       | 78.271                      |
| Februar           | 117      | 77.785                      |
| März              | 82       | 51.347                      |
| April             | 62       | 37.936                      |
| Mai               | 62       | 49.826                      |
| Juni              | 85       | 86.515                      |
| Juli              | 256      | 236.447                     |
| August            | 99       | 77.831                      |
| September         | 121      | 89.919                      |
| Oktober           | 49       | 33.497                      |
| November          | 158      | 111.223                     |
| Dezember          | 160      | 105.614                     |
| Januar 2003       | 290      | 281.372                     |
| Summe (13 Monate) | 1.621    | 1.317.583                   |

## 5. Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen wichtigen Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Aus diesem Grund müssen Bund, Länder und Kommunen diese unverzichtbare Arbeit ideell und finanziell **langfristig** unterstützen. Die Arbeit der Vereine kann durch die Mitgliedsbeiträge nicht finanziert werden.

An dieser Stelle wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die **Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** in der Regel nur länderübergreifende Projekte fördert, die auch einen Förderanteil des jeweiligen Landes in angemessener Höhe aufweisen können. Das heißt, das Land Sachsen-Anhalt muss seinen Förderanteil zukünftig erhöhen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass nicht nur die Arbeit der Vereine grundlegend gefährdet ist, sondern dem Land auch Bundesmittel verloren gehen. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich diesbezüglich mit der Bitte, die Grundsicherung der Vereine zu gewährleisten, an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewendet. Länderbezogene Projekte müssen darüber hinaus nach wie vor durch das Land gefördert werden. Hierzu gehören insbesondere die Projekte im Rahmen der Opferberatung und -betreuung. Angesichts der fehlenden Möglichkeiten zur Wiedergutmachung an Opfern des SED-Regimes sollte den Vereinen, welche sich diesen Menschen widmen und damit die Demokratie in Sachsen-Anhalt befördern, durch Kürzung der finanziellen Mittel nicht der Boden für ihre Arbeit entzogen werden. Hier sollten sich auch die Kommunen trotz knapper Haushaltsmittel darüber klar werden, dass zu den Einwohnern ihrer Städte und Gemeinden zahlreiche Opfer politischer Gewaltherrschaft zählen, die häufig nach einem schwierigen Leben nur unzureichend finanziell abgesichert sind und dringend einen gedanklichen Austausch untereinander brauchen. Eine angemessene Unterstützung ihrer Vereine oder der Betreuungsarbeit sollte auch im kommunalen Haushalt Platz finden.

Das „Dokumentationszentrum am Moritzplatz“ des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg und das Zeitzeugenbüro des Vereins Zeit-Geschichte(n) e. V. in Halle werden gemeinsam von der Landesbeauftragten und der Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur gefördert. Die Landesbeauftragte ist vom Deutschen Bundestag zum Mitglied des Stiftungsrates gewählt worden und nimmt regelmäßig an den Sitzungen teil.

## Folgendes wird zur Arbeit der Einrichtungen berichtet:

### **Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (BK): Dokumentationszentrum am Moritzplatz**

Mit seiner Dauerausstellung, den zahlreichen Sonderausstellungen, der Bibliothek und der Videothek bietet diese Einrichtung die Möglichkeit zur Information über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ im Bezirk Magdeburg.

Im Berichtszeitraum war das Dokumentationszentrum mit drei Mitarbeiterinnen besetzt. Zur Aufarbeitung des Bibliotheksbestandes „DDR-Alt“ wurde eine AB-Maßnahme um ein Jahr durch die AQB verlängert. Schwerpunkt ihrer weiteren Arbeit ist die Erfassung der Bücher im Rechner.

Zur Arbeit im Berichtszeitraum wird folgendes berichtet:

#### *Veranstaltungen:*

- 17.1.2002     *„Roter Stern über Deutschland“ – Ilko Sascha Kowalczyk,  
Dr. Stefan Wolle  
Autorenlesung und Ausstellungseröffnung  
Veranstalter: LStU / BK*
- 22.1.2002     *Seminar mit der Konrad-Adenauer-Stiftung / Stipendiaten  
Thema: politische Haft in der DDR  
Veranstalter: BK*
- 5.2.2002     *Podiumsgespräch mit Vertretern der Parteien in Sachsen-  
Anhalt über Wahlprüfsteine  
Veranstalter: Verfolgtenverbände VOS, BSV / BK*
- 7.2.2002     *Lesung „Die Geschichte der Anderen Zeitung“ (DAZ) –  
Thomas Etienne  
Veranstalter: LStU / BK*
- 3.3.2002     *Seminar mit der Konrad-Adenauer-Stiftung / Stipendiaten*
- 5.3.2002     *Präsentation des Forschungsheftes „Auslands- und Reise-  
kaderunterlagen des MfS zur Med. Akademie Magdeburg –  
Sammlung und Kommentare“ („Medizinische Akademie  
Magdeburg und die Staatssicherheit“, Teil 9)  
Veranstalter: BK*
- 17.3.2002     *Seminar mit der Konrad-Adenauer-Stiftung / Stipendiaten*
- 11.4.2002     *Videopräsentation „Wir waren schon halbe Russen“  
Günther Polster / Lagergemeinschaft Mühlberg präsentierte  
die Videoproduktion im Ökumenischen Domgymnasium  
Magdeburg  
Veranstalter: Dom-Gymnasium / BK*

- 11.5.2002 1. Magdeburger Museumsnacht  
Führungen durch die Dauerausstellung, Präsentation der Sonderausstellungen „Hillersleben das Ende einer Armee und „Grenzzeichnungen“ von W. Krieg (Braunschweig)
- 13.6.2002 Videopräsentation „Die Farce“ und Gespräch – Elisabeth Graul mit Schülern des Geschwister-Scholl-Gymnasiums  
Veranstalter: LStU / BK
- 18.6.2002 Lesung „Negativ und Dekadent“ – Angela Kowalczyk Ost-Berliner Punk-Erinnerungen in einer Lesung und anschließendem Gespräch mit der Autorin  
Veranstalter: BK
- 5.9.2002 Lesung „Der zweite Mann – Rückblick auf Leben und Schreiben“ mit Wolfgang Schreyer  
Veranstalter: BK
- 5.11.2002 Lesung „Todesautomatik“ mit Lothar Lienicke und Franz Bludau  
Veranstalter: LStU / BK
- 14.–16.11.2002 Beteiligung am Tag der offenen Tür der BStU / Außenstelle Magdeburg mit der Öffnung des Dokumentationszentrums

#### Sonderausstellungen im Dokumentationszentrum:

- 17.1.–15.4.2002 „Hillersleben – das Ende einer Armee“
- 15.3.–30.4.2002 „Zeichne, was die siehst“ von Helga Weisssova – Zeichnungen eines Kindes aus Theresienstadt
- 11.5.–19.6.2002 „Grenzzeichnungen“ – W. Krieg
- 1.8.–27.9.2002 „Das Gründe Band – Lebensraum Todesstreifen“ – Ausstellung des BUND / Bund Naturschutz in Bayern e. V.
- 5.12.–7.2.2003 „Grenzgebiet“ Wanderausstellung der BStU / Außenstelle Schwerin

#### Sonderausstellungen des Dokumentationszentrums im Verleih: (insgesamt 20.488 Besucher)

- 15.10.2001–15.1.2002 Ausstellung „MfS Schild und Schwert der Partei“ Grenzlandmuseum Schnakenburg (1.350 Besucher)
- 1.1.–12.3.2002 Ausstellung „Zeichne, was du siehst“ Amt für Versorgung und Soziales Magdeburg (1.750 Besucher)

- 10.4.–5.6.2002 Ausstellung „Herbst 89 – Streiflichter aus Magdeburg“ Landtag von Sachsen- Anhalt (4.350 Besucher)
- 27.5.–11.7.2002 Ausstellung „Die Zwangsausgesiedelten“ LStU Schwerin / BSV Ausstellung im Landtag Schwerin (1.500 Besucher)
- 18.10.–18.11.2002 Ausstellung „Zeichne, was Du siehst“ Stadtverwaltung Haldensleben, Kulturfabrik (4.800 Besucher)
- 10.10.–14.1.2003 Ausstellung „Hilferufe von drüben“ GD „Roter Ochse“, Halle (3.142 Besucher)
- 10.11.–12.1.2003 Ausstellung „Hillersleben das Ende einer Armee“ Zonengrenzmuseum Helmstedt (896 Besucher)
- 3.12.–30.1.2003 Ausstellung „Kinder von Tschernobyl“ Medizinische Akademie Magdeburg, Blutspendezentrale (2.700 Besucher)
- Die statistischen Angaben zu den Besucherzahlen wurden von den Einrichtungen übergeben.

Projekttag mit Schülern und Erwachsenen im Dokumentationszentrum: 36

#### Besucherstatistik:

Für den Zeitraum 1.1.2002–31.12.2002 war ein Besucheraufkommen von 7.303 Besuchern zu verzeichnen. Dies entspricht einer Gruppenanzahl von 222 (85 % Jugendliche). Die Anzahl der Besucher bei den acht verliehenen Ausstellungen sowie bei Veranstaltungen kann mit ca. 21.000 geschätzt werden. Im Jahr 2002 waren es somit 28.303 Interessenten.

#### Forschungsthemen:

Die Akteneinsicht erfolgte 2002 für nachstehende Forschungsthemen:

1. Medizinische Akademie Magdeburg und die Staatssicherheit
2. Der Einfluss des MfS auf die Kirche in den ehemaligen Bezirken Magdeburg / Halle
3. Projekt „Durchdringung und Beeinflussung der Parteien in Niedersachsen durch das MfS“
4. Die Ausweichführungsstellen der Bezirkseinsatzleitung der SED

#### Schwerpunkte 2003:

Im Mittelpunkt der Arbeit steht der 50. Jahrestag des 17. Juni 53. Hierzu sind folgende Projekte geplant:

- Videoproduktion „Zeitzeugen zum 17. Juni 53“
- Sonderausstellung „Parole Zukunft“ von J. Nagel
- Sonderausstellung „Tarantel – Satire im Kalten Krieg“ mit W. Schulz-Heidorf



## **Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. – Verein für erlebte Geschichte Halle**

Der Verein teilte für das Jahr 2002 folgende Aktivitäten mit (Auswahl):

### Ausstellung:

- **Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage**

Erweiterte Fassung der Ausstellung von 2001

mit finanzieller Unterstützung des Regierungspräsidiums, Dez. 27

Gedenkstätte „Roter Ochse“

(17. Juni bis 18. September 2002)

### Fernsehfilm (30 Minuten):

- **Der 17. Juni in Halle – ein Tag der Zivilcourage**

Dokumentarfilm mit Zeitzeugen an Schauplätzen der Stadt, sowie originalem Bildmaterial und Akten von 1953

Produziert von ATV-Studio Splett mit Förderung von

Filmförderung Sachsen-Anhalt

Stiftung Aufarbeitung

Lotto-Toto

### Broschüren:

- **rausgeschmissen:**

**13 Erinnerungen an Flucht und Vertreibung**

ISBN 3-9808120-1-4

mit finanzieller Unterstützung des Regierungspräsidiums, Dez. 27

in Vorbereitung:

- **Der „OV Parasit“ – die Zersetzung und Kriminalisierung einer Jugendgruppe in den siebziger Jahren in Halle/Saale: Erforschung und Dokumentation der MfS-Methoden im Vergleich zu einer ähnlichen Gruppe in Leipzig**

in Zusammenarbeit mit Uta Franke (Köln) und finanzieller Unterstützung der LStU

### Veranstaltungen:

- **Soweit die Füße tragen**

Neuverfilmung des gleichnamigen Tatsachenromans über eine Flucht aus russischer Kriegsgefangenschaft

Sondervorstellung im Kino LUX, 7. April 2002

Anschließend Diskussion über das Schicksal deutscher Soldaten nach 1945

- **Die Farce – Geschichte einer Verhaftung**

Dokumentarfilm, anschließend Gespräch mit Elisabeth Graul  
NEUES THEATER, Hinterbühne Großer Saal, 23. April 2002

in Zusammenarbeit mit dem neuen theater,  
dem Förderkreis Schriftsteller Sachsen-Anhalt und der  
Landeszentrale für politische Bildung

- **Lehrerfortbildung**

für Leiter von Schülerforschungsgruppen zum Projekt „17. Juni 1953“  
Zeit-Geschichte(n) e. V., Gr. Ulrichstr. 51, 21. November 2002

in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung

LISA Sachsen-Anhalt und der

Ev. Akademie Sachsen-Anhalt

- monatliche öffentliche **Opferberatungen** – gemeinsam mit dem BSV Halle  
Zeit-Geschichte(n) e. V., Gr. Ulrichstr. 51

- monatliches Treffen der **Selbsthilfegruppe „Opfer der SED-Diktatur“**  
Zeit-Geschichte(n) e. V., Gr. Ulrichstr. 51  
mit Unterstützung der Stadt Halle

- monatlicher Treff für Interessierte zu **Themen der Zeit**  
Zeit-Geschichte(n) e. V., Gr. Ulrichstr. 51

- **Torgau-Urnen**

Teilnahme an den Beratungen des Gestaltungsbeirates zur Schaffung  
eines Gedenk-Ortes auf dem Gertraudenfriedhof in Halle

### Forschungsprojekte:

**Die halesche Ärzte-Friedens-Gruppe „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“** (IPPNW) 1983–89

### Videodokumentationen:

(mit finanzieller Unterstützung der Landesbeauftragten)

- **Terror und Sabotage des MfS gegen die BRD**

Vortrag von Thomas Auerbach

(21. Februar 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)

- **Das Ende der Sowjetischen Besetzung im ROTEN OCHSEN vor 50 Jahren – zur Sowjetisierung der Rechtsprechung in der DDR**

Halle-Forum der Gedenkstätte „Roter Ochse“

(21. Mai 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)

- **Ehemalige Häftlinge besichtigen die Haftanstalt Cottbus**

Sonderführung für Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen

danach Diskussion über die Zukunft der Gebäude im Stadthaus Cottbus  
(25. Mai 2002, Cottbus)

- **Das Urteil des BVG zum Stasi-Unterlagengesetz im Falle Helmut Kohl**  
Hintergrundgespräch – im Podium:  
Hans Altendorf, BStU Berlin  
Edda Ahrberg, LStU Sachsen-Anhalt  
Walburga Edel, Leiterin BStU-Außenstelle Magdeburg  
Peter Tietz, Leiter BStU-Außenstelle Halle  
Prof. Hermann Rupieper, MLU  
(29. Mai 2002, Außenstelle der BStU Halle)
- **Durch die Erde ein Riß – Schnittstellen eines deutschen Lebenslaufs**  
Der Schriftsteller Erich Loest im Gespräch mit Paul Werner Wagner  
(30. Mai 2002, Händelhaus)
- **Die Ahndung von NS-Kriegsverbrechen durch Sowjetische Gerichte**  
Vortrag und Diskussion mit Vertretern der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft Moskau  
Generalleutnant Alexander Morin  
Generalmajor A. G. Bragin  
Oberst L. P. Kopalin  
Veranstaltungsreihe „Geschichte und Gerechtigkeit“, Schloss Wendgraben  
(6. Juni 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- **Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage**  
Ausstellungseröffnung des Zeit-Geschichte(n) e. V. mit anschließender Kranzniederlegung (17. Juni 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- **Vor 50 Jahren ... Übergabe von Teilen der Haftanstalt von der SMA an das MfS**  
Zeitzeugenforum mit Melanie Kollatzsch, Frau Löffler von Saal, Herrn Löffler, Herrn Richter, Herrn Lorenz, Herrn Junge und einer Schülergruppe  
(17. Oktober 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- **Lesung mit Ulrich Schacht aus seinem Buch „Verrat“**  
(23. Oktober 2002, MLU Institut für Geschichte, Kröllwitzer Str.)
- **Frauen im MfS**  
„Das Hinterland eines jeden Tschekisten“ und „Die operativen Betten“  
Vortrag und Diskussion mit Angela Schmole, BStU Berlin  
(24. Oktober 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- **„Frohe Zukunft“ – keiner kommt hier besser raus**  
**Strafvollzug im Jugendhaus Halle**  
Buchvorstellung mit dem Autor Axel Reitel

(29. Oktober 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)

- **Zwischen Spitzeln und Spionen – Untersuchungshaft beim MfS**  
Vortrag und Diskussion mit Johannes Beleites, Humboldt-Uni Berlin  
(5. November 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)
- **Sprechen als Last und Befreiung – der Umgang mit politischen Opfern zweier deutscher Diktaturen**  
Buchlesung mit Prof. Dr. Friedhelm Boll, Inst. f. Sozialgeschichte Bonn  
(19. November 2002, Gedenkstätte „Roter Ochse“)

sowie diverse

**Video-Mitschnitte von TV-Produktionen** zu einschlägigen Themen

#### **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.:**

Die gemeinsamen Veranstaltungen „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ wurden am 9.11.2002 in Eisleben, am 16.11.2002 im Hansa-Hotel Magdeburg, am 23.11.2002 in Halle und am 7.12.2002 in Wittenberg durchgeführt. Diese Veranstaltungen beinhalteten ein Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (in Magdeburg mit einer Kranzniederlegung) und einen Erfahrungsaustausch untereinander. Sie dienen dem gegenseitigen Kennenlernen und der Stärkung untereinander. Die Landesbeauftragte beteiligte sich an den Gedenkveranstaltungen mit Informationen über ihre Arbeit und Gesprächsangeboten. Gemeinsame Busfahrten, u. a. zum Grenzdenkmal Hötensleben und in die Haftanstalten Potsdams (UHA des MfS und KGB-Gefängnis Leistikowstr.) dienen der Information und helfen bei der Bewältigung der Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich im Berichtszeitraum an der finanziellen Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt beteiligt:

Einzelplan: 11  
Kapitel: 1114 Haushalt der Landesbeauftragten für die Unterla-  
gen des Staatssicherheitsdienstes der ehemali-  
gen DDR in Sachsen-Anhalt  
Titel: 685 11 Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenen-  
bildung  
Haushaltsansatz: 2002: 18.400

| Institution                                    | Projekt  | Summe     |
|--|--|-----------|
| Bürgerkomitee<br>Sachsen-Anhalt e. V.          | Nachdruck des Forschungsheftes<br>Teil 8 „Die Führungsoffiziere für IM“<br>zum Thema „Die Med. Akademie<br>Magdeburg und die Staatssicherheit“ | 2.880,00  |
| Bürgerkomitee<br>Sachsen-Anhalt e. V.          | Technische Ausstattung der<br>Bibliothek   | 1.800,00  |
| Bürgerkomitee<br>Sachsen-Anhalt e. V.          | Druck von Faltblättern zum Doku-<br>mentationszentrum und zum Gebäu-<br>de der Gedenkstätte Magdeburg,<br>Umfassungsstraße 76                  | 810,00    |
| Bürgerkomitee<br>Sachsen-Anhalt e. V.          | Weitere Recherchen zu: „Medizini-<br>sche Akademie Magdeburg und das<br>MfS“   | 920,00    |
| Grenzdenkmalverein Hö-<br>tensleben e. V.      | Beteiligung am intern. Workcamp<br>2002 in Hötensleben   | 2.050,00  |
| Grenzdenkmalverein Hö-<br>tensleben e. V.      | Zuschuss zur Strukturanpassungs-<br>maßnahme, Fortsetzung von 2001   | 159,70    |
| Verein Zeit-Geschichte(n)<br>e. V. Halle       | Dokumentation öffentlicher Veran-<br>staltungen zu Aufarbeitungsthemen<br>der DDR-Geschichte mittels Video-<br>technik                         | 1.175,81  |
| Verein Zeit-Geschichte(n)<br>e. V. Halle       | Der „OV Parasit“ – die Zersetzung<br>und Kriminalisierung einer Jugend-<br>gruppe in den siebziger Jahren in<br>Halle                          | 4.848,36  |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus e. V. | Anteilige Finanzierung bei der Ges-<br>taltung des Gedenkortes „Torgauer<br>Urnen“ auf dem Gertraudenfriedhof<br>in Halle                      | 2.250,00  |
| Bund der Stalinistisch<br>Verfolgten e. V.     | Erforschung der Vorgänge um den<br>17. Juni 1953 in der Bergbauregion<br>im Mansfelder Land  | 1.500,00  |
| Summe  |  | 18.393,87 |
| Rest   |  | 6,13      |

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse  
Haushaltsansatz: 2002: 18.400

| Institution  | Projekt  | Summe     |
|--|--|-----------|
| Bund der Stalinistisch<br>Verfolgten und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten          | Teilnahme von Verbandsmitgliedern<br>des BSV und VOS und der Gedenk-<br>veranstaltung zum 50. Jahrestag der<br>Zwangsaussiedlung in Hötensleben  | 405,00    |
| Bund der Stalinistisch<br>Verfolgten und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten          | Gedenkveranstaltungen in Halle,<br>Bernburg und Eisleben und Beratung<br>in den Ortsgruppen  | 4.599,00  |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Bustagesfahrt mit Opfern der SED-<br>Diktatur zu Gedenkstätten und Ge-<br>spräche mit Personen des öffentli-<br>chen Lebens  | 3.969,50  |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Gedenkveranstaltungen „Die Opfer<br>dürfen nicht vergessen werden“ im<br>November 2002 in Magdeburg und<br>anderen Städten   | 5.360,00  |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Anteilige Tagungsbeiträge für Opfer<br>der SED-Diktatur für die Teilnahme<br>am bundesweiten Kongress der Lan-<br>desbeauftragten und der Stiftung zur<br>Aufarbeitung der SED-Diktatur vom<br>31.5.–2.6.2002 in Leipzig | 375,00    |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Erstellung einer Broschüre zum Ge-<br>denkstein für die Opfer kommunisti-<br>scher Diktatur in Wernigerode   | 1.530,00  |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Teilnahme an der Gedenkveranstal-<br>tung zum 13.8.2002 in Hötensleben   | 405,00    |
| Vereinigung der Opfer des<br>Stalinismus und Bund der<br>Stalinistisch Verfolgten      | Anteilige Finanzierung bei der Ges-<br>taltung des Gedenkortes „Torgauer<br>Urnen“ – Beschriftung der Grabsteine   | 550,00    |
| Verband der Opfer stali-<br>nistischer Gewaltherr-<br>schaft in Anhalt Köthen<br>e. V. | Recherchen und Druck einer Bro-<br>schüre zur Aufarbeitung der DDR-<br>Geschichte in Köthen Anhalt   | 886,63    |
| Stendaler Geschichtsver-<br>ein e. V.  | Herstellung einer Plakatsäule zur<br>Wende in Stendal  | 310,12    |
| Summe  |  | 18.390,25 |
| Rest   |  | 9,75      |

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

Im Haushalt 1999 wurde ein neuer Titel 685 52 eingestellt und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM für die Jahre 2000–2004 versehen. 2002 wurden 51.100 zugewiesen.

Die damalige Zusage dieser Summe auch für den Haushalt 2002 machte es möglich, Zuwendungsbescheide über anteilige Fördersummen für zwei vorliegende Anträge schon im Jahre 2001 auszustellen. Damit wurde eine anteilige Förderung durch die Stiftung im Jahre 2002 möglich und die beiden Verbände erhielten für das Jahr 2002 eine Planungssicherheit.

Titel: 685 52 Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin

| Vereinigung                        | Projekt   | Bewilligte Mittel |
|------------------------------------|---|-------------------|
| Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. | Bildung und Forschung im Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg | 35.019,34         |
| Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle     | Koordinierung diverser Präsentationen von Forschungsergebnissen zum 17. Juni 1953                                 | 16.080,66         |
| Summe                              |   | 51.100,00         |

Bei beiden Projekten handelt es sich jeweils um eine anteilmäßige Förderung. Der restliche Teil der Kosten der Projekte wurde durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und durch den Eigenanteil der Zuwendungsempfänger erbracht. Im Berichtszeitraum wurden bereits zwei Anträge zur anteilmäßigen Förderung von Projekten durch das Land Sachsen-Anhalt gestellt. Die Zuwendungen wurden 2002 seitens der Behörde der Landesbeauftragten mit Haushaltsvorbehalt und inzwischen auch durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für 2003 bewilligt.

## 6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

### 6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen

#### 6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Auf die Anfrage bei den Arbeitsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Landesarbeitsgericht in Halle 1 Fall in zweiter Instanz mit, alle Arbeitsgerichte (Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt, Naumburg und Stendal) bearbeiteten keine Fälle mehr.

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg – nach Abschluss eines Falls – noch 2 Fälle mit, das Verwaltungsgericht Halle meldete 3 anhängige Verfahren im Jahre 2002, die Verwaltungsgerichte Dessau und Magdeburg bearbeiteten keine Fälle mehr.

#### 6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht (bundesweit)

##### Rente (Beitritt zur Zusatzversorgung aus politischen Gründen verweigert):

Das Bundessozialgericht entschied am 9. und 10. April 2002 zum Aktenzeichen B 4 RA 31/01 R u. a. zur „Zusatzversorgung Technische Intelligenz“, dass die Voraussetzungen nur erfüllt, wer eine der Qualifikation entsprechende Beschäftigung in einem volkseigenen Produktionsbetrieb in der Industrie oder in einem ihm gleichgestellten Betrieb verrichtet hat; für einen (wie hier) technischen Angestellten in Evangelischer Brüder-Universität trifft dies nicht zu. Dies gilt entsprechend für einen Bauingenieur bei ZBO (B 4 RA 34/01 R), einen Dipl.-Wirtschaftler bei der HO (B 4 RA 39/01 R), einen Ingenieur bei VEB Güterkraftverkehr (B 4 RA 41/01 R), einen Techniker/Ingenieur bei VEB KWV (B 4 RA 42/01 R), einen Dipl.-Mathematiker bei Robotron (B 4 RA 56/01 R), einen Ingenieur bei Interflug (B 4 RA 3/02 R) und einen Ingenieur für Rechenelektronik bei VEB Rechenbetr. Binnenhandel (B 4 RA 5/02 R).

##### Rente (Arbeit neben Invalidisierung in der DDR):

Das Bundessozialgericht entschied am 30. August 2001 zum Aktenzeichen B 4 RA 62/00 R, dass vom Ausschlussstatbestand des § 248 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 SGB VI nur Bezieher einer Vollrente wegen Alters erfasst werden, nicht hingegen Bezieher von Invalidenrente mit einer daneben ausgeübten versicherungspflichtigen Beschäftigung. – Daraufhin wurde § 248 Absatz 3 Nr. 2 SGB VI entsprechend geändert.

##### Persönlichkeitsrecht:

Das Bundesverwaltungsgericht gab am 8. März 2002 zum Aktenzeichen 3 C 46.01 der Unterlassungsklage Kohl gegen BStU statt: Sein Schutz als Betroffener/Dritter überwiege trotz Eigenschaft als Person der Zeitgeschichte. – Daraufhin wurde § 32 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes geändert und ein neuer § 32a eingefügt.

#### Rückübertragung und Entschädigung – russische Rehabilitierung:

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 25. September 2002 zum Aktenzeichen 8 C 41.01 zu § 1 Absatz 7, Absatz 8 Buchstabe a des Vermögensgesetzes und § 3 Absatz 2 des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes zu Gunsten von Angehörigen von Verurteilten: Sind aufgrund einer von einem sowjetischen Militärtribunal ausgesprochenen Vermögens-einziehung unmittelbar auch Vermögenswerte eines Angehörigen des Verurteilten enteignet worden, so hat auch dieser nach erfolgter Aufhebung des Strafurteils im Wege der russischen Rehabilitierung des seinerzeit Verurteilten gem. § 1 Abs. 7 VermG einen Anspruch auf Rückübertragung seines Vermögens.

#### 6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich der freien Berufe (bundesweit)

##### Freiberufler (früher DDR-Richter):

Der Bundesgerichtshof entschied am 22. Oktober 2001 zum Aktenzeichen AnwZ B 10/99 zur Frage der Zulassungszurücknahme einer Anwaltszulassung: Da keine Verurteilung wegen Rechtsbeugung, sondern „nur“ Teilnahme an Verfahren nach §§ 213, 214 StGB-DDR (als Richter) vorlag und der Betreffende seit 1990 beanstandungsfrei als Rechtsanwalt tätig war, wurde die Zulassungsrücknahme vom BGH (anders als noch vom Anwaltsgerichtshof Dresden) aufgehoben.

#### 6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Aufgrund der mit Ablauf des 2. Oktober 2000 eingetretene Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung), sind nur noch sehr wenige Strafverfahren anhängig (Totschlagsdelikte):

##### Verfassungsbeschwerde von Egon Krenz ist erfolglos

Die 3. Kammer des Zweiten Senats des BVerfG hat in dem „Krenz-Verfahren“ folgendes entschieden: ... Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen (Beschluss vom 12. Januar 2000; Az. 2 BvR 2414/99). Damit erledigt sich zugleich der Antrag des Beschwerdeführers auf Erlass einer einstweiligen Anordnung.

##### Aktuelles Urteil im 2. Politbüroprozess – Freisprüche dreier Mitglieder des Politbüros aufgehoben:

Die Staatsanwaltschaft Berlin wirft den drei Angeklagten vor, sie hätten während ihrer jeweiligen Mitgliedschaft im Politbüro des Zentralkomitees

der SED der DDR einen **Totschlag** durch Unterlassen begangen. Ihnen werden – im einzelnen differenziert – die Tötungen von vier Flüchtlingen zu Last gelegt, die in den Jahren 1984 bis 1989 an der Berliner Mauer durch Grenzposten der DDR erschossen wurden, als sie versuchten, die Grenzsperranlagen zu überwinden. Das Landgericht Berlin hat die Angeklagten aus Rechtsgründen freigesprochen.

Der 5. (Leipziger) Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nunmehr auf die Revisionen der Staatsanwaltschaft und einer Nebenklägerin diese Freisprüche aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Berlin zurückverwiesen. Dabei hat der 5. Strafsenat befunden, daß alle Mitglieder des Politbüros als höchsten Machtor-gans der DDR verpflichtet waren, zum Schutz des Lebens von Flüchtlingen auf eine Änderung des praktizierten Grenzregimes hinzuwirken. Diese Pflicht ergab sich aus der Verfassung der DDR von 1968, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1948). Zu der gebotenen Humanisierung des Grenzregimes wäre nicht etwa die Öffnung der Grenzen der DDR zum westlichen Teil Deutschlands oder der Abbau der mechanischen Sperrwerke an dieser Grenze erforderlich gewesen. Vielmehr hat die Praxis der DDR bei besonderen Anlässen, wie Staatsbesuchen und Parteita-gen, als Erschießungen an der Grenze – bzw. Nachrichten hiervon – vermieden werden sollten, gezeigt, daß etwa eine Postenverdichtung an der Grenze es ermöglichte, Flüchtlinge handgreiflich zu stellen, statt sie aus größerer Entfernung zu erschießen. Zumindest in diesem Sinne hätten die Angeklagten sich im Politbüro äußern und entsprechende Anträge stellen müssen. Die Angeklagten können sich nicht erfolgreich darauf berufen, daß jeder einzelne von ihnen möglicherweise im Politbüro mit der ihm gebotenen Initiative an einer entgegenstehenden Mehrheit gescheitert wäre. Dies knüpft an die bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs an und steht auch im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Obersten Gerichts der DDR zu Fällen, in denen mehrere parallel Verantwortliche die Rettung von Menschenleben oder den Schutz menschlicher Gesundheit unterlassen hatten.

##### Verfahren an einem Landgericht in Sachsen-Anhalt (vgl. 7. Tätigkeitsbericht)

Der Angeklagte war im Jahr 1976 Unteroffizier der Grenztruppen. In der Nacht vom 10. Juni zum 11. Juni kam es zu einem Grenzzwischenfall, bei dem ein Westdeutscher (O.) so schwer verletzt wurde, dass er starb. Die Schüsse wurden vom Angeklagten abgegeben, der sich zu diesem Zeit-

punkt in Begleitung eines weiteren Grenzsoldaten als Grenzaufklärer unterwegs befand (Grenzaufklärer patrouillierten "feindseitig" vor dem Minengürtel).


O. war bereits achtmal als "Grenzverletzer" aufgefallen. Dabei hatte er sich tagsüber direkt an den westseitig aufgestellten Zaun – Territorium der DDR – begeben und "Hallo, hier bin ich!" usw. gerufen. Dies war in allen Fällen tagsüber geschehen. Die Frage, ob der Angeklagte heimtückisch gehandelt habe, war für den Ausgang des Verfahrens entscheidend und wurde vom Landegericht Magdeburg damals bejaht. Der Angeklagte wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes verurteilt. Auf die sowohl vom Angeklagten als auch der Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Angeklagten eingelegte Revision hat der Bundesgerichtshof das Urteil aufgehoben (siehe 8. Tätigkeitsbericht).

Nunmehr hat das LG Dessau am 14. Juni 2002 unter dem Aktenzeichen 1 Ks 1/01 Z (StA MD 653 Js 28630/97) den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren nach § 213 StGB (Totschlag in einem minder schweren Fall) verurteilt.

### 6.3. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle

Akten der früheren Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin (Regierungs- und Vereinigungskriminalität), befinden sich – einschließlich der Akten der früheren Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (fast vollständig – Kopien) – beim Generalstaatsanwalt Berlin, Dezernat 25, 26 und 27 (OStA Jahntz), Elßholzstraße 30–33, 10781 Berlin, Telefonnummer (030) 90 15-27 00.

Die Originalakten der jetzt so genannten Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle, vormals Salzgitter, sind bei der Generalstaatsanwaltschaft, Domplatz 1, 38100 Braunschweig, Telefonnummer (05 31) 48 80 gelagert.



Die Landesbeauftragten  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
der Vertragsländer des Mitteldeutschen Rundfunks  
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

## Presseerklärung

### Keine Repräsentanz der Ostdeutschen durch Repräsentanten des SED-Systems beim MDR!

Die Landesbeauftragten der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hatten sich im Jahr 2001 dem MDR für Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung der dort Beschäftigten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR zur Verfügung gestellt. In Gesprächen wurden Bewertungskriterien und eine besondere Sensibilität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Glaubwürdigkeit seiner Mitarbeiter erörtert. Das große Interesse der Öffentlichkeit hat gezeigt, dass in diesem Bereich Transparenz erwartet wird.

Die Entscheidung des MDR, neben Lothar Späth Gregor Gysi mit der Moderation einer Sendereihe zu beauftragen die speziell ostdeutsche Themen behandelt, führt dazu, dass Herr Gysi von der Öffentlichkeit in der Rolle eines Repräsentanten der Ostdeutschen wahrgenommen werden würde. Dies ist aus unserer Sicht aus folgenden Gründen hoch problematisch:

Die Vorbehalte von Regimegegnern der DDR, die sich von Rechtsanwalt Gysi getäuscht sahen, konnten bis heute nicht ausgeräumt werden.

Als ostdeutsche Repräsentanten sollten Personen ausgewählt werden, die nicht in das Machtsystem der DDR verstrickt waren und solche, die sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur einsetzen. Gregor Gysi steht nicht für diese Personengruppe. Seine Auswahl durch den MDR vermittelt den Eindruck, als seien ostdeutsche Biographie und SED-Systemnähe identisch. Gerade die Stasi-Unterlagen belegen eindeutig, dass die Mehrheit der damaligen DDR-Bürger nicht bereit war, mit dem totalitären System zu kooperieren. Es finden sich vielmehr unzählige Beispiele, die den Mut und die Zivilcourage sowie den engagierten Einsatz für Freiheit und Demokratie der hiesigen Menschen dokumentieren.

Die Landesbeauftragten fordern den MDR auf, seine Entscheidung unter Berücksichtigung der genannten Argumente zu überdenken.

Michael Beileites  
LSIU Sachsen

Edda Ahrberg  
LSIU Sachsen-Anhalt

Jürgen Haschke  
LSIU Thüringen

Presseerklärung zum MDR vom 16.1.2003



Konferenz der Landesbeauftragten  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

### Pressemitteilung

Aus Anlass der aktuellen Debatte um die negativen Folgen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. März 2002 für die Aufarbeitung der SED-Diktatur erklärt die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen:

Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sprechen sich für eine umgehende Novellierung des § 32 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) durch den Deutschen Bundestag noch in dieser Legislaturperiode aus. Der Zugang zu Unterlagen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen und Amtsträger in Ausübung ihres Amtes für die Forschung und die Medien muss hierbei so geregelt werden, dass auch in Zukunft die umfassende Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes als Herrschaftsinstrument der SED-Diktatur gewährleistet bleibt.

Folgende Eckpunkte sollten bei einer Novellierung des § 32 StUG im Sinne der Sicherung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen und anstelle des strittigen Halbsatzes .... soweit sie nicht Betroffene oder Dritte sind" Beachtung finden:

Erstens muss eine Präzisierung der Begriffe „Person der Zeitgeschichte“, „Amtsträger“ und „Inhaber politischer Funktionen“ in das Gesetz eingeführt und zugleich die Zweckbindung der Herausgabe für die historische und politische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes verdeutlicht werden. Hierbei ist klarzustellen, dass Unterlagen bzw. Informationen zu diesen Personen nur dann herausgegeben werden dürfen, wenn sie sich auf die Sphäre der öffentlichen Wahrnehmung bzw. des öffentlichen Wirkens (Personen der Zeitgeschichte) oder auf die Ausübung ihrer Funktion (Inhaber politischer Funktionen) beziehen und gleichzeitig der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes dienen.

Zweitens muss die Neufassung des § 32 StUG sicherstellen, dass Betroffene und Dritte, insbesondere dann, wenn sie nicht mit einer Informationssammlung durch den Staatssicherheitsdienst rechnen mussten, in angemessener Weise über eine bevorstehende Herausgabe von Unterlagen in Kenntnis gesetzt werden.

Drittens hat die Novellierung eine differenzierte Herausgabe je nach Informationsgehalt der Unterlagen sicherzustellen. So sollten zum Beispiel die wörtlichen Abschriften von abgehörten Gesprächen generell dem Zugang von Forschern und Journalisten entzogen bleiben, es sei denn, der Betroffene stimmt einer Herausgabe zu.

Martin Gubelt  
Im Namen der Konferenz

Berlin, den 27. März 2002

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! 28 Erwiderungen auf Ihr Deutschlandbild oder Warum Geschichte haftbar macht, Forum Verlag, Leipzig 2002, Beitrag der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt

Edda Ahrberg

### Was ist ost-deutsch?

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mich überrascht. Er weiß sehr genau, was und wer ost-deutsch ist. Ich dagegen brauche etwas Nachhilfe: Meint er diejenigen, die diesseits der Linie des Eisernen Vorhangs geboren wurden und immer hier blieben? Oder die, die zwar hier geboren, später aber weggegangen (gezwungen, genötigt, freiwillig ...) und wieder zurückgekommen sind? Oder die, die nie zurückgekommen sind? Oder meint der Kanzler diejenigen, die jenseits geboren und aus Liebe oder anderen wichtigen Gründen hierher zogen? Dann interessiert mich noch die zeitliche Einordnung: Welches Jahrzehnt, welches Jahrhundert? Die letzten 100 Jahre waren lang!

Der Kanzler hat mich noch mehr überrascht! Nach einigem Hin- und Herdenken bin ich mir in einem sehr sicher: Mit der „enormen Lebensleistung in den letzten zehn Jahren“ kann er nur diejenigen Menschen meinen, die sich in den deutschen Diktaturen für mehr Demokratie und Menschlichkeit eingesetzt haben und deshalb verfolgt wurden. Mit großer Geduld haben sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihr Schicksal heute weitgehend nicht wahrgenommen und ihren Forderungen nach Entschädigung nur zäh nachgekommen wird.

Die in besonderer Weise DDR-Geschädigten, dazu gehört in Magdeburg Frau K., die von 1947 bis 1962 inhaftiert war und heute mit dünner Haut von Mindestrente lebt, ertragen mit unglaublichem Kraftaufwand zusätzlich die Folgen der DDR-Misswirtschaft in Form von Arbeitslosigkeit oder Kulturlosigkeit und die parallel dazu sehr gut verlaufene Integration ihrer ehemaligen Peiniger, der Verantwortlichen für politisches Unrecht in der DDR. Sicher bezieht Kanzler Schröder auch diejenigen ein, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement die Aufklärung über das Vergangene betreiben. Ich freue mich sehr, dass er diesen Menschen endlich die angemessene Würdigung zukommen lassen will!

Der Kanzler hat mich ein drittes Mal überrascht: mit der Feststellung, dass Vertrauensmissbrauch in Zusammenhang mit der SED und dem MfS nicht nur durch Ost-Deutsche (s. o.) betrieben wurde. Ich begrüße es sehr, dass er endlich die Möglichkeit der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes etc. auch in den Ländern auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit

Meine Erfahrung ist es, dass die von uns im Land Sachsen-Anhalt herausgegebenen Broschüren zur Aufarbeitung des Geschehenen beitragen und Verständnis fördern. Für die Tatsache, dass sehr viele Menschen an der authentisch geschilderten Geschichte ihres Landes interessiert sind, zwei Zitate aus Briefen des vergangenen Jahres: „Bitte senden Sie mir das Buch ‚Dokumentation über Paul Wagner‘ (‚Rebellion gegen die Enge‘, E. A.). Als ‚Westmensch‘ bin ich an allem, was die DDR betrifft, interessiert – nicht im Sinne einer primitiven Aufrechnerei, sondern im Sinne eines Verstehens unseres Landes. Ich mag die Ostlande – so möchte ich auch die Ostseele verstehen in den vielen Facetten, die nun einmal existieren.“ Und: „Hiermit bitte ich um die beiden o. g. Hefte, die mich sehr interessieren, da ich bis vor zwei Jahren im Bitterfelder Raum wohnte. Meine Kinder zogen wegen Arbeit nach Hannover, so bin auch ich übergesiedelt. Mit den Büchern kann ich meine Enkel informieren, wie es einst in der Heimat ihrer Eltern zuging, denn die Geschichtsbücher in den Schulen tragen dazu nicht viel bei.“

Informationsblatt zum Besuch der JVA Cottbus am 25.5.2002





Staatsbürgerkunde-Unterricht

# „Lebensweg wurde jenen verbaut, die frei ihre Meinung in der Schule sagten“

Zum Lesertitel „Im Staatsbürgerkunde-Unterricht konnte offen über alles gesprochen werden“, Volksstimme vom 19. April 2002:

Vor dem Hintergrund meiner langjährigen Tätigkeit als Lehrbeauftragte für die Unterlagen des Staatsbürgerkundeunterrichts kann dieser Lesertitel aus meiner Sicht nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Zu den Besuchern unserer Behörde gehören zahlreiche Personen, denen als Schüler, Lehrling oder Student der weitere Lebensweg von Vertretern der Volkshochschule in der DDR verweist wurde, weil sie in der Schule ihre Meinung anders äußerten als die Lehrer waren oder sich im Bereich der Kirche oder in alternativen Gruppen für mehr Demokratie, eine Erziehung zum Frieden und/oder für eine saubere Umwelt einsetzten. Die Folgen der Benachteiligung wirken bis heute in unterschiedlicher Weise (Minderknoten, eingeschränkte berufliche Möglichkeiten auf Grund des geringen Alters etc.) fort.

Zur Illustration, dass diese Verfolgung bis zum Ende der DDR andauerte, möchte ich aus einer Information der Bezirksverwaltung Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit über die Summierung der Revolution vom 31. Oktober 1989 zitieren: „Schüler der Klasse 10b der Polytechnischen Oberschule „Heidenstein“ und ihrem Eltern sind empört und führen heftige Diskussionen darüber, dass durch Lehrer im Staatsbürgerkunde-Unterricht eine schriftliche „offene und ehrliche Meinungsbildung“ abgefordert wurde. Durch den Fachlehrer



Bei Marienberg erinnert diese moderne Skulptur an die deutsche Teilung, damit die Zeit neuer Mauern nicht in Vergessenheit gerät. Das Kunstwerk „Mauern“ von dem Berliner Künstler Achim Borchert.

erfolgte eine Bewertung mit Privilegien, in der Mehrheit mit der Note 5. Schüler und Eltern und der Meinung, dass man eine offene und ehrliche Meinungsbildung nur gegenwärtigen Lage in der DDR nicht mit „Noten“ bewerten können, da diese von runden ein weiterer Zwang auferlegt wurden.“

Diesem Bericht können weitere hinzugefügt werden.

Edda Ahrberg  
Staat-Unterrichtsfach für  
ehemaligen DDR

Es geht in Staatsbürgerkunde darum, den Marxismus in Aktion, in seiner schöpferischen Anwendung zu lernen. Damit stehen das Verständnis für die Politik von Partei und Regierung sowie die Entwicklung der bewussten und tätigen Parteilichkeit für unsere sozialistische DDR im Mittelpunkt des Unterrichts.“ (nach Gerhart Neuner, Allgemeinbildung: Lehrplanwerk - Unterricht, Volk und Wissen Berlin 1973, S. 241)

Mit strengen sich heute auch beim Lesen dieser Lehrplänevergaben die Klassen Ethik- oder Religionsunterricht mit dem Ideologienunterricht Staatsbürgerkunde auch nur in Beziehung zu einem, schließt die Lehrerinnen und Lehrer, die sich in einer demokratischen Schule mit Werten und Normen in Kritik und Dialog zusammen mit ihren Schülerinnen und Schülern, ausmündigend.

Peter Lehmann,  
Wernigerode

Anfangs wurde bei dem Thema die Realität mit der Normalität verwechselt. Wenn man in dieser Unterrichtslektüre bei einem reingeregneten Lehrer schon etwas „schief“ über etwas diskutierte, dann hatte man schon ganz schlechte Karten.

Und wenn man dazu noch als junger Mensch Angehöriger einer kirchlichen Vereinigung war, und das bekannt wurde, ging es einem noch schlechter. Auch ich habe in der ehemaligen DDR gelebt und sehe diesen Staat nicht durch den Druck, aber ich bin froh, dass es dieses Fach nicht mehr gibt.

Frank Liebigel,  
Schnebeck

Es scheint, als sei der Krisis Punkt ein existenzielles Gebot innerhalb der DDR gewesen.

Zur Erinnerung: „Im Zentrum der Bildung und Erziehungsaufgaben dieses Faches steht die Aneignung sicheren und anwendungsorientierten marxistisch-leninistischen Wissens.“

Den Schülern wird bewusst gemacht, dass die DDR unser sozialistisches Vaterland ist, weil in ihr die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen Werktätigen unter Führung

der marxistisch-leninistischen Partei die Macht ausübt, unsere sozialistische Gesellschaftsordnung auf sicheren politischen und ökonomischen Grundlagen beruht und Bedingungen für die allseitige Entwicklung der schöpferischen Kräfte der Menschen schafft.“

„Es ist Aufgabe des Staatsbürgerkunde-Unterrichts, in lebensnaher Weise politische, ökonomische, philosophische Kenntnisse zu vermitteln und so in den Marxismus-Leninismus einzuführen.“

Der Abdruck der Artikel auf den Seiten 7, 13, 68, 95 und 96 erfolgte mit freundlicher Genehmigung der Zeitungen „Mitteldeutsche Zeitung, Ascherslebener Zeitung“, „SonntagsNachrichten“ Gardelegen, „Altmark-Zeitung“ Stendal und „Magdeburger Volksstimme“.

## Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Verfasser: Landesbeauftragte Edda Ahrberg

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH